

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs
26. Bundesparteitag
Ludwigshafen
23.-25. Okt. 1978

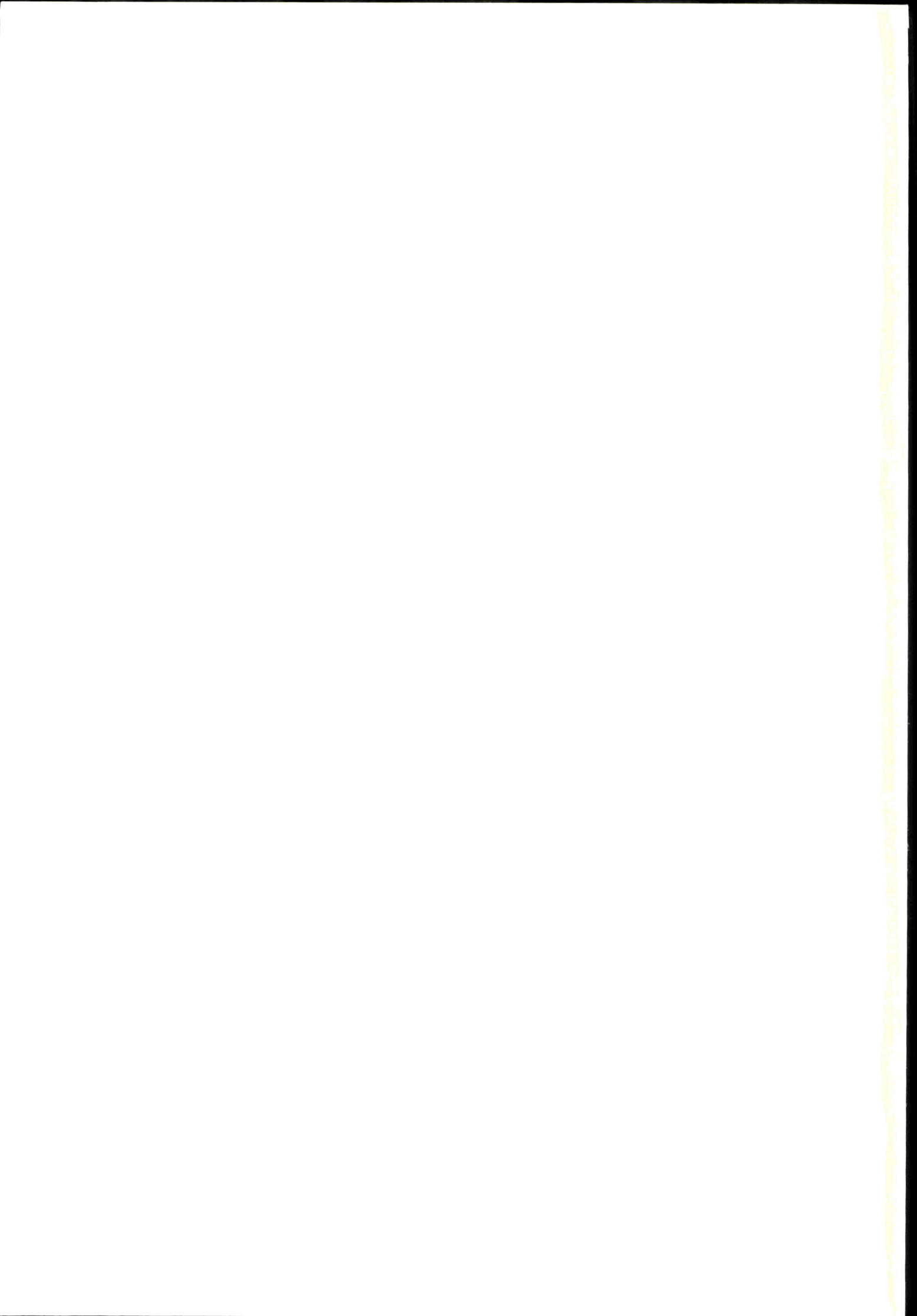
CDU
sicher
sozial
und frei

CDU
sicher
sozial
und frei

CDU
sicher
sozial
und frei

Europäische Volkspartei

Europäische Volkspartei



<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorwort	3
Bundesausschuß	7
Bundeschvorstand	9
Präsidium	13
Kontaktgespräche des Präsidiums	18
Landesgeschäftsführerkonferenzen	19
Hauptabteilung I	
- Abteilung Organisation	21
- Abteilung organisatorische Sonderaufgaben	25
- Abteilung Personal	26
- Abteilung Verwaltung	28
Hauptabteilung II	
- Abteilung Politik	29
- Abteilung Information/Dokumentation	70
Hauptabteilung III	
- Abteilung Öffentlichkeitsarbeit	72
- Abteilung Medienpolitik	89
Sprecher der Partei	94
Büro für Auswärtige Beziehungen	97
Büro für die Europawahl	100
Justitiar	101
Planungsgruppe	104
Mitgliederwerbestatistiken	106
Dokumentation: Die positive Bewertung der Kongresse der CDU in Presse, Rundfunk und Fernsehen	109



Der Zeitraum, über den zu berichten ist - seit März 1977 - entspricht in etwa der 1. Hälfte der Legislaturperiode des Bundestags. Was ist erreicht worden?

- das erste Grundsatzprogramm der CDU steht vor der Verabschiedung
- in wichtigen Sachfragen wurde die Lösungskompetenz verstärkt und erweitert;
- durch Straffung und verbesserte Kooperation wurde die Organisation der Partei gefestigt und schlagkräftiger gestaltet.

Oberste Ziele waren dabei, langfristig wirkende Beiträge für die geistig-politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten und organisatorisch die Voraussetzung für Erfolge in der Europawahl 1979 und in der Bundestagswahl 1980 zu schaffen.

1. Grundsatzdiskussion

Höhepunkt der parteiinternen und öffentlichen Diskussion des Grundsatzprogramms war das Grundsatzforum im September 1977 in Berlin, auf dem über 500 Wissenschaftler, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Teilnehmer aus allen Kreisparteien den Programmentwurf 3 Tage lang berieten. Auf dieser Grundlage formulierte der Bundesvorstand einen fortentwickelten Programmentwurf als Antrag für den Bundesparteitag 1978. Die Gliederungen der CDU haben diesen Entwurf in einer breiten Diskussion beraten und 3.300 Änderungsanträge eingereicht. Bereits vor dem Parteitag hat diese Diskussion gezeigt, daß in der CDU ein breiter Konsens über die Grundwerte und Grundsätze der Politik besteht und daß die CDU die geistig und politisch führende Partei der Bundesrepublik Deutschland ist.

2. Politische Themen aufgegriffen und Lösungsvorschläge ausgearbeitet

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zu den wichtigen politischen Fragen Alternativen für eine sachliche und zukunftsorientierte Politik entwickelt. Dadurch konnte die Leistungsfähigkeit der CDU im Urteil der Bürger wesentlich verbessert werden. Erstmals wird der CDU auf allen zentralen Feldern

der deutschen Politik, einschließlich Sozialpolitik, ein Kompetenzvorsprung zuerkannt.

Das Konrad-Adenauer-Haus bediente sich dabei einer neuen Arbeitsmethode schrittweiser Themendurchdringung:

1. Erarbeitung einer Dokumentation, in der das Thema aufbereitet wird,
2. Durchführung eines Kongresses,
3. Auswertung des Kongresses in parteiinternen Publikationen und in auf dem freien Buchmarkt vertriebenen Taschenbüchern,
4. Einbringen der Diskussionsvorschläge in die politische Willensbildung und Erarbeitung einer Konzeption der CDU.

An Sachthemen wurden mit dieser neuen Arbeitsmethode behandelt: die Grundwertediskussion, Energie und Umwelt, geistige Ursachen des Terrorismus, Zukunftschancen der Jugend, Verteidigungspolitik, Bürokratisierung, Rechtspolitik und andere.

3. Straffung zu einer schlagkräftigen Organisation

Seit dem Düsseldorfer Parteitag 1977 wurde die Bundesgeschäftsstelle in organisatorischer und personeller Beziehung vor allem auf die Erfordernisse der zwei bundesweiten Wahlen - Europawahl 1979 und Bundestagswahl 1980 - ausgerichtet. Die Maßnahmen bewährten sich bereits in verschiedenen Landtagswahlkämpfen, bei denen die Kooperation mit den Landesverbänden verstärkt und der Einsatz für sie erhöht werden konnte. Die Bundesgeschäftsstelle ist jetzt so organisiert, daß sie für die Aufgaben der beiden kommenden Wahlen gerüstet ist.

Den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses ist für ihren überdurchschnittlichen, selbstlosen Einsatz zu danken. Besonderer Dank gilt Karl-Heinz Bilke, der als Bundesgeschäftsführer bis zum August 1978 wesentliche Verantwortung trug und mit Umsicht und Beständigkeit die Ziele der Partei zu verwirklichen half. Der Dank gilt aber auch einer kooperativen CDU/CSU-Fraktion und vielen

der CDU nahestehenden Personen und Vereinigungen, deren Hilfe und Unterstützung die Arbeit erleichterte.

Mit den sicheren Vorgaben eines neuen Grundsatzprogramms und auf der Grundlage einer gestärkten Organisation ist die Bundesgeschäftsstelle der CDU für die Vorbereitung und Durchführung des Europawahlkampfes gerüstet. Die Erfahrungen dieses Wahlkampfes werden die Leistungsfähigkeit für die nachfolgende Bundestagswahl weiter stärken. Die CDU kann sich darauf verlassen, daß das Konrad-Adenauer-Haus mit voller Kraft auf das Ziel hinarbeitet, eine Wende in der deutschen Politik zu erreichen.

Dr. Heiner Geißler
Generalsekretär

Helmut Holle
Bundesgeschäftsführer



Bundesausschuß

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU" trat im Berichtszeitraum dreimal zusammen:

Auf der Sitzung am 13.6.1977, an der auch der Vorsitzende der "Europäischen Volkspartei", der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans teilnahm, befaßte sich der Bundesausschuß vor allem mit der Situation in Europa und mit Problemen der europäischen Direktwahl. Parteivorsitzender Dr. Helmut Kohl und Ministerpräsident Leo Tindemans bekräftigten den Willen der christlich-demokratischen Parteien Europas, in der Gemeinsamkeit und der Überzeugungskraft der Idee der christlichen Demokratie ihren Beitrag für den Aufbau eines freiheitlichen und demokratischen Europas zu leisten.

Die Delegierten des Bundesausschusses billigten grundsätzlich das vom Bundesvorstand vorgelegte Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung.

Am 28.11.1977 nahm der Parteivorsitzende zu aktuellen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung. Er ging vor allem auf die Terroranschläge, die Entführung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers und die Entführung der Luft-hansa-Maschine "Landshut", ein.

Dr. Kohl informierte den Bundesausschuß ferner über die Strategie der politischen Auseinandersetzung mit SPD und FDP während des Winterhalbjahres 1977/78.

Generalsekretär Dr. Heiner Geißler wies in seinem Bericht zur Parteiarbeit auf die von der CDU zu nahezu allen zentralen Fragen entwickelten sachlichen Alternativen hin. Er berichtete ferner über die Serie von Kongressen und Fachtagungen der CDU zu politisch relevanten Themen sowie über die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit der CDU mit befreundeten Parteien.

Der Bundesausschuß verabschiedete einstimmig das "Energiepolitische Programm der CDU".

Am 12.6.1978 zog Parteivorsitzender Dr. Helmut Kohl Bilanz über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit der Bundestagswahl 1976. Generalsekretär Dr. Heiner Geißler berichtete über die Parteiarbeit und über die Vorbereitungen zur Europawahl.

Der Bundesausschuß beschloß einstimmig die Annahme

- des Programms "Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" sowie
- der "Medienpolitischen Vorschläge der CDU".

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum dreizehnmal. Zu 5 Sitzungen waren auch die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder, die Vorsitzenden der Landesverbände und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen eingeladen (erweiterter Bundesvorstand).

Am 21.3.1977 befaßte sich der Bundesvorstand in Anwesenheit der Ministerpräsidenten und der Innen- und Justizminister der CDU-regierten Länder mit den Abhöraktionen Traube / Stammheim und Fragen der Inneren Sicherheit.

Außerdem wurde der Etat 1977 der Bundesgeschäftsstelle vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen.

Auf der Bundesvorstandssitzung am 25.4.1977 (erweiterter Bundesvorstand) berichtete Dr. Kohl über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland, die von einer tiefgreifenden Krise in der Regierungskoalition und Skandalen der SPD in Hessen, Berlin und München gekennzeichnet war.

Der Parteivorsitzende informierte den Bundesvorstand ferner über die politische Entwicklung in Europa im Hinblick auf die Europawahl und erläuterte Aufgaben und Ziele der "Europäischen Volkspartei" (EVP) und der "Europäischen Demokratischen Union" (EDU).

Der Bundesvorsitzende des RCDS berichtete über die zunehmende Radikalisierung an den Universitäten.

Am 6.6.1977 diskutierte der Bundesvorstand die politische Lage. Präsident Stingl informierte den Bundesvorstand über die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der von Generalsekretär Dr. Geißler vorgelegte Entwurf des Programms der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung wurde vom Bundesvorstand an den Bundesausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Bundesvorstand verabschiedete einstimmig den Entwurf einer Entschliebung für Europa.

Im Vordergrund der Beratungen des Bundesvorstandes vom 12.9.1977 stand die Entführung von Hanns-Martin Schleyer und die Ermordung seiner Begleiter Reinhold Brentele, Helmut Ulmer und Roland Piler. Unter Zustimmung des Bundesvorstandes bekräftigte Dr. Kohl die Entschlossenheit der Union, den Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates zu bekämpfen und in eine offensive geistige Auseinandersetzung mit der "Sympathisantenszene" einzutreten.

Weitere Themen:

- Stand der Verhandlungen zum Europawahlgesetz
- Steuererleichterungen
(Stellungnahme zum Steuerentlastungsgesetz)

Im Mittelpunkt des Berichtes des Parteivorsitzenden am 26.9.1977 stand die nunmehr seit 3 Wochen andauernde Entführung von Hanns-Martin Schleyer und deren Folgen für das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundesvorstand beschloß, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen umfangreichen Katalog gesetzlicher und organisatorischer Maßnahmen zur wirksameren Bekämpfung des Terrorismus zu empfehlen.

Ferner wurde das weitere Verfahren zur Behandlung des Grundsatzprogrammwerfs der CDU beschlossen.

Am 7.11.1977 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den steigenden Arbeitslosenzahlen und der Problematik der Rentenversicherung.

Im Hinblick auf die Entwicklungen an den Universitäten, Fach- und Berufsschulen kündigte der Parteivorsitzende zur Problematik der Zukunftschancen

der jungen Generation die Erarbeitung eines Konzeptes und entsprechender Gesetzesvorschläge auf der Grundlage der Ergebnisse des CDU-Kongresses in Hamburg an.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich ferner mit Fragen der Inneren Sicherheit sowie den Ermittlungen in der Strafanstalt Stammheim.

Ferner beschloß der Bundesvorstand, den Entwurf des "Energiepolitischen Programms der CDU" an den Bundesausschuß zur Beratung und Verabschiedung zu überweisen.

Schwerpunktthema der Bundesvorstandssitzung vom 27.2.1978 war der Regierungsentwurf zum Rentenanpassungsgesetz.

Der Bundesvorstand sprach sich dafür aus, daß die Union in ihrem Rentenkonzept kontinuierlich an ihrer bisherigen Politik festhalten sollte. Das von ihr in den 50er Jahren geschaffene größte sozialpolitische Reformwerk der Nachkriegszeit dürfe nicht von der Bundesregierung zerstört werden.

Weitere Themen:

- Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA
- Europäische Zusammenarbeit
- KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad

In einem einstimmig verabschiedeten Aufruf unterstrich der Bundesvorstand die politische Bedeutung der vom 1.3. bis 31.5.1978 stattfindenden Betriebsrats- und Jugendvertreterwahlen.

Ferner beschloß der Bundesvorstand einstimmig, in allen CDU-Kreisverbänden Veranstaltungen zum 25. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 durchzuführen.

Am 10./11.3.1978 (erweiterter Bundesvorstand) fand auf einer Klausurtagung in Mayschoß/Ahr die Beratung des Grundsatzprogrammentwurfs der CDU statt.

Am 21.4.1978 (erweiterter Bundesvorstand) wurde die Beratung des Grundsatzzprogrammwerfs fortgesetzt.

Am 8.5.1978 beschloß der Bundesvorstand einstimmig den Entwurf des Grundsatzzprogramms der CDU als Antrag an den nächsten Bundesparteitag.

Am 5.6.1978 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit den Landtagswahlergebnissen von Hamburg und Niedersachsen sowie mit der Vorbereitung der Europawahl. Der Vorschlag von Generalsekretär Dr. Geißler, zur Europawahl mit verbundenen Landeslisten anzutreten, wurde vom Bundesvorstand einstimmig gebilligt.

Die von Dr. Schwarz-Schilling vorgelegten "Medienpolitischen Vorschläge" wurden dem Bundesausschuß zur Verabschiedung empfohlen.

Am 12.9.1978 (erweiterter Bundesvorstand) nahm der Parteivorsitzende zu aktuellen außen- und innenpolitischen Fragen Stellung. Der Bundesvorstand befaßte sich ferner mit der Vorbereitung des 26. Bundesparteitages. Für den Landtagswahlkampf in Hessen sicherte der Bundesvorstand dem Landesverband Hessen jede erdenkliche Unterstützung zu.

Der auf dem 25. Bundesparteitag 1977 von der Jungen Union gestellte Antrag zur Reform des öffentlichen Dienstes wurde vom Bundesvorstand mit den Empfehlungen des Bundesfachausschusses Innenpolitik einstimmig beschlossen.

Der Bundesvorstand begrüßte die Kandidatur Dr. von Weizsäckers für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und dankte Peter Lorenz für die in Berlin geleistete Arbeit, die die CDU zur stärksten Partei in Berlin gemacht hat.

Präsidium

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum zwanzigmal.

21.3.1977

- Themen:
- Abhöraktionen Traube/Stammheim
 - Gewalttätigkeiten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) bei der Protestaktion gegen das Kernkraftwerk Grohnde
 - Ergebnis der französischen Kommunalwahlen vom 20.3.1977

22.4.1977

- Themen:
- Politische Entwicklung in Europa
 - Wahlsieg der Christlichen Volkspartei Christlich Soziale Partei in Belgien
 - Aufgaben und Ziele der EVP und der EDU
 - Arbeitsplanung 1977

2. 5.1977

- Themen:
- Innere Sicherheit
 - Steuermaßnahmen der Bundesregierung
 - Arbeitsmarktpolitik
 - Beseitigung der Arbeitslosigkeit
 - Energiepolitik
 - Krankenhauskostendämpfungsgesetz
 - Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
 - Schikanen der DDR-Führung gegen Ausreisewillige
 - Entwicklung in Hessen
 - Hearing "Zukunftschancen der jungen Generation"
 - Kongreß "Energie und Umwelt"

31.5.1977

- Themen:
- Europawahl
 - Zusammenarbeit zwischen der EVP und der EDU
 - Fragen der Kernenergie und des Umweltschutzes
 - Entwurf des Programms zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

4. 7.1977

- Themen:
- Entwicklungen in Italien und Spanien
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Energiepolitik
 - Innere Sicherheit

1. 9.1977

- Themen:
- Innenpolitische Lage
 - Bekämpfung des Terrorismus
 - Energiepolitik
 - Wirtschaftliche Entwicklung
 - Arbeitslosigkeit
 - Arbeitsplanung (Bundespartei/Bundestagsfraktion)
 - Auslandsarbeit der Partei
 - KBW-Verbotsantrag

3.10.1977

- Themen:
- Entwicklung im Nahen Osten
 - Entwicklung in Frankreich
 - Europawahlgesetz
 - Bekämpfung des Terrorismus
 - Steuer- u. energiepolitische Fragen

17.10.1977

- Themen:
- Entführung von Hanns-Martin Schleyer
 - Dokumentation (Zitatenauswahl) zum Thema "Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland"
 - Fachtagung über Ursachen, Ziele und Folgen des Terrorismus
 - Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen
 - Steuerpolitik
 - Auslandsarbeit der Partei
 - Konzept der CDU zur Ausländerpolitik
 - Kongreß "Zukunftschancen der Jugend"
 - Gebührenerhöhung für Rundfunk und Fernsehen

7.11.1977

- Themen:
- Öffentliche Diskussionen zum Thema "4. Partei"
 - Parteienfinanzierung
 - Energiepolitisches Programm
 - EVP-Kongreß

21.11.1977

Themen:

- Sadat-Besuch in Israel
- KSZE-Folgekonferenz in Belgrad
- Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa
- Deutsch/polnisches Verhältnis
- Wahlen in Griechenland
- Entwicklungshilfepolitik
- SPD-Parteitag in Hamburg
- Energiepolitik
- Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik
- Arbeitslosigkeit
- Steuerpolitik
- Auseinandersetzung mit den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus
- Medienpolitik
- Deutsche Nationalstiftung

5.12.1977

Themen:

- Situation in Spanien, Portugal und Griechenland
- Zusammenarbeit zwischen der EVP und der EDU
- Gespräch des Parteivorsitzenden mit dem israelischen Außenminister Moshe Dayan
- Innenpolitische Lage
- Wehrpflichtnovelle
- EVP-Programm
- Außenpolitische Aktivitäten und Finanzfragen im Bereich der EUKD

9. 1.1977

Themen:

- Politische Lage
- Bekämpfung des Terrorismus
- Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik
- Rentenpolitik
- Zukunftschancen der jungen Generation
- Familienpolitik
- Wehrpflichtnovelle
- Spionagefall Lutze
- Europawahl
- Entwicklungen in der EDU und in der EVP
- Entwicklungen im Nahen Osten
- MBFR- und SALT-Verhandlungen
- Beratungsergebnisse der Strategie-Kommission
- Kongreßplanung 1978

23. 1.1978

- Themen:
- Entwicklungen im Nahen Osten, Italien und Frankreich
 - Finanzielle Lage der Rentenversicherung
 - Arbeitslosigkeit
 - Bekämpfung des Terrorismus
 - Versäumnisse der Bundesregierung in der Renten- und Wirtschaftspolitik und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
 - Poullain-Affäre
 - Volksbegehren gegen die Koop-Schule
 - Energiepolitik
 - Familienpolitik
 - Deutschland-Politik
 - Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien in Europa

13. 2.1978

- Themen:
- Kabinettsumbildung der Bundesregierung
 - Antiterrorgesetze
 - Rentenpolitik
 - Tarifrunde
 - Wischnewski-Besuch in Ost-Berlin
 - KSZE-Abschlußverhandlungen in Belgrad
 - CSU / 4. Partei
 - Verhältnis CDU/FDP
 - Bildungspolitik
 - Pilotprojekte für Kabelkommunikation

10. 4.1978

- Themen:
- Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen
 - Dollarkrise
 - Nonproliferationsgesetz
 - Neutronenwaffe
 - Konsequenzen aus den Wahlen in Frankreich
 - Belebung des deutsch/französischen Verhältnisses
 - Handelsabkommen zwischen der EG und der Volksrepublik China
 - Europagipfel in Kopenhagen
 - Termin der 1. Direktwahl zum Europa-Parlament
 - Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
 - Auswirkungen des tarifvertraglichen Kompromisses im Druckereibereich
 - Rentengesetzgebung
 - Antiterrorgesetze
 - SPD-Verleumdungskampagne gegen CDU/CSU
 - Bildungspolitik
 - Berufung eines Bundesbeauftragten für politische Bildung

8. 5.1978

- Themen:
- Gespräch des Parteivorsitzenden mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid J. Breschnew
 - Ergebnisse des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik

22.5.1978

- Themen:
- Innenpolitische Lage
 - Innere Sicherheit
 - Versäumnisse bei der Schleyer-Fahndung
 - Wahlkampfsituation in Hamburg
 - Wahlkampfsituation in Niedersachsen
 - Koalitionsangebot der hessischen CDU an die FDP
 - Situation in Nordrhein-Westfalen
 - Vorbereitung der Europawahl
 - Programm "Sicherung der Zukunftschancen der Jugend"

19.6.1978

- Themen:
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes Hessen
 - Reform des öffentlichen Dienstes
 - Grundsätze zur Besteuerung der Land- u. Forstwirtschaft

14.8.1978

- Themen:
- USA-Reise des Parteivorsitzenden
 - Vorbereitung des Landtagswahlkampfes Hessen
 - Bonner Weltwirtschaftsgipfel
 - Steuer- und Konjunkturprogramm der Bundesregierung

4.9.1978

- Themen:
- Politische Lage
 - Gesundheitspolitisches Programm der CDU
 - Vorbereitung des 26. Bundesparteitages
 - Vorbereitung der Europawahl

Kontaktgespräche des Präsidiums bzw.
einzelner Mitglieder des Präsidiums:

14. 3. 1977	D A G
15. 6. 1977	D G B
24. 6. 1977	Bund der Berliner
28. 6. 1977	Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
24. 8. 1977	Deutscher Beamtenbund
5.10. 1977	Gewerkschaft der Polizei
10.11. 1977	Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke
19.12. 1977	Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands
23. 1. 1978	Bund Deutscher Kriminalbeamter
15. 3. 1978	Deutscher Sportbund
11. 4. 1978	Deutsche Bischofskonferenz
8. 5. 1978	Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands
12. 6. 1978	Westdeutsche Rektorenkonferenz
13. 6. 1978	Deutscher Bauernverband
4. 7. 1978	Repräsentanten der Wirtschaft
28. 8. 1978	Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum siebenmal.

Auf der LGFK am 27.4.1977 berichtete Generalsekretär Dr. Heiner Geißler über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland und über die politischen Entwicklungen in Europa. Er erläuterte ferner Aufgaben und Ziele der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Demokratischen Union (EDU).

Weitere Themen:

- Arbeitsplanung
- Neumitglieder-Untersuchung des SFK
- Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 2.3.1977 über die Organklage der CDU gegen die Bundesregierung

Am 14.6.1977 befaßte sich die LGFK mit der Vorbereitung der Europawahl (zuzüglich Geschäftsführer der Vereinigungen).

Am 20.9.1977 diskutierte die LGFK Erfahrungen mit den im gesamten Bundesgebiet eingerichteten Dienstleistungszentren und deren angeschlossenen Kreisverbänden.

Weitere Themen:

- Patenschaften mit Parteiorganisationen in Spanien und Portugal
- Zusammenarbeit CDU / DC

Am 9.11.1977 verständigten sich die Landesgeschäftsführer über flankierende Maßnahmen der Bundespartei zu den bevorstehenden Landtagswahlkämpfen.

Am 14.12.1977 wurden Maßnahmen zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen 1978 zwischen den Sozialausschüssen, der Bundespartei und den Landesverbänden vereinbart.

Weitere Themen: - Medienbeobachtung
 - Lage an den Hochschulen

Themen der LGFK vom 14.2.1978:

- Arbeit der KPV
- Arbeit der Schüler-Union
- Parteienpartnerschaften mit dem Ausland
- Analyse der SPD-Landesparteitage 1977
- 25. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am
17. Juni 1953

An den Beratungen der LGFK vom 14.2.1978 nahmen auch die Geschäftsführer der Vereinigungen teil.

Auf den Landesgeschäftsführerkonferenzen vom 12.4.1978 und 12.6.1978 stand die Vorbereitung der Europawahl im Vordergrund der Beratungen.

Am 12.6.1978 berichtete der Medienpolitische Sprecher der CDU, Dr. Christian Schwarz-Schilling, über die Situation im Medienbereich und erläuterte die auf Landesebene notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der Medienarbeit der Partei.

<u>Hauptabteilung I</u>	verantwortlich: Hellmut Holle
<u>Organisation</u>	verantwortlich: Karl Schumacher
<u>Organisatorische Sonderaufgaben</u>	verantwortlich: Gerold Rummler
<u>Personal</u>	verantwortlich: Dr. Ehrhardt Mayr
<u>Verwaltung</u>	verantwortlich: Andreas Nathan

Abteilung Organisation

Die notwendigen Voraussetzungen wurden geschaffen, um einen 10 % gewachsenen Mitgliederbestand unverändert reibungslos zu betreuen.

1. Parteiorganisation

Schwerpunkte der Arbeit im Referat Parteiorganisation waren im Berichtszeitraum

1.1. Erstellung eines Berichts zur Funktion der Dienstleistungszentren und deren Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle und den Landes- und Kreisgeschäftsstellen.

- Grundlage für die Erstellung dieses Berichtes war ein Fragebogen, der an alle Dienstleistungszentren und die daran angeschlossenen Kreisverbände versandt wurde. Die Auswertung dieser Fragebogen soll Grundlage für die Verbesserung der Parteiorganisation im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 1980 sein.

1.2. Ausarbeitung eines Vorschlages zur Durchführung einer weiteren Serie von Modellversuchen mit einer Reihe von ausgewählten Kreis- und Landesverbänden.

- Die Vorbereitungen sind in der Zwischenzeit soweit vorangekommen, daß mit der Durchführung der Modellversuche bei den Landesverbänden begonnen werden kann.

Folgende Versuche werden durchgeführt:

Auf Kreisebene:

Durch eine Aufstrukturierung der Gemeinde-, Stadtbezirks- und Ortsverbände nach Stimmbezirken soll eine weitere Dezentralisierung der Parteiorganisation erreicht werden. Damit werden die Möglichkeiten zur Einführung einer systematischen Wähleransprache und -betreuung erprobt. Die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beitragsehrlichkeit der Mitglieder werden überprüft. Eine besondere Versuchsreihe dient der systematischen Nutzung von Zielgruppenadressen und der intensiven Parteiarbeit im vorpolitischen Raum.

Auf Landesebene:

Die Dienstleistungen der einzelnen Zentren werden durch den Einsatz von Datenfernleitungen in Verbindung mit der EDV der Bundesgeschäftsstelle verbessert und ausgebaut.

- 1.3. Besondere Versuche bezwecken den Aufbau eines verbesserten Informations- und Kommunikationsnetzes auf Bundesebene durch probeweise Installation eines Netzes von Telekopierern. Diese bewährten sich bereits in den Landtagswahlkämpfen von Hamburg, Niedersachsen und Hessen sowie in der Vorbereitung der Durchführung dieser Versuche für die Landtagswahlkämpfe des Jahres 1979 (Berlin, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein).

2. Veranstaltungen

Etwa 40 Veranstaltungen der Partei und ihrer Vereinigungen in Bonn, aber auch im übrigen Bundesgebiet, wurden von diesem Referat durchgeführt oder organisatorisch unterstützt.

3. Besucherbetreuung

Die Zahl der Besucher der Bundesgeschäftsstelle, die vom Referat Protokoll/Besucherbetreuung betreut werden, steigt auch weiterhin an. In den letzten 12 Monaten haben 1.065 Gruppen mit über 45.000 Teilnehmern das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn besucht. Seit Bestehen dieses Referates haben in den vergangenen 4 1/2 Jahren fast 100.000 Besucher einen Überblick über die Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Bei den Neumitgliedern besteht nach wie vor großes Interesse für den "Tag der offenen Tür" im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. An den beiden Veranstaltungen am 4. Juni 1977 und am 20. Mai 1978 haben Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen, um sich über die politische Lage und die Arbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu informieren.

4. Bundesrednervermittlung

Die durch Bundes-, und Fachverbände an die Abteilung Organisation herangetragene Wünsche zur Vermittlung von Repräsentanten und Referenten sind in diesem Berichtsjahr erneut stark angewachsen. Im Kalenderjahr 1977 wurden Vertreter der CDU für 160 Veranstaltungen vermittelt (bis August 1978 - 61).

Wir konnten eine gute Repräsentanz der Partei auf nahezu allen Veranstaltungen, um deren Unterstützung wir gebeten wurden, sichern.

Landtagswahlkämpfe:

Für die Landtagswahlen in Niedersachsen, Hamburg und Hessen galt es besonders, den Rednereinsatz in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landesverbänden durchzuführen.

Beim Landtagswahlkampf in Niedersachsen waren an 35 Tagen 38 zentral vermittelte Bundesredner im Wahlkampfeinsatz. Es wurden 100 öffentliche Veranstaltungen, 83 Zielgruppengespräche und 15 Pressegespräche durchgeführt.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg waren an 11 Tagen 10 zentral vermittelte Bundesredner im Wahlkampfeinsatz. Hier wurden 24 öffentliche Veranstaltungen und 4 Zielgruppenveranstaltungen durchgeführt.

Für den Landtagswahlkampf in Hessen ist das bis dahin übliche Vermittlungsverfahren in Übereinstimmung mit dem Landesverband weiter verfeinert worden. Durch eine besondere Vereinbarung mit den Landesverbänden wurde der Kreis der zentralvermittelten Redner beträchtlich erweitert. Diese Redner wurden sämtlichst auf Anforderung der Kreisverbände von der Bundesgeschäftsstelle vermittelt.

Nach dem heutigen Stand der Planung sind 55 Redner an 37 Tagen im Einsatz. Es werden weit über 200 Veranstaltungen durchgeführt.

Die Vorbereitungen mit den wahlkampf führenden Landesverbänden des Jahres 1979 haben stattgefunden und die ersten Vorbereitungen für den Rednereinsatz bei diesen Landtagswahlkämpfen wurden getroffen.

Abteilung organisatorische Sonderaufgaben

Wahlreisen des Bundesvorsitzenden Dr. Kohl

Insgesamt wurden 73 Veranstaltungen organisiert. In dem Zeitraum vom 9.3.1977 bis zum 31.12.1977 wurden 14 Kundgebungen für den Parteivorsitzenden Dr. Kohl in den Bundesländern Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durchgeführt.

Im Berichtszeitraum 1978 wurden die Wahlreisen für die Landtagswahlen am 4. Juni 1978 in Niedersachsen und Hamburg (Bürgerschaftswahl), für die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein sowie zu den Wahlen am 8. Oktober 1978 in Hessen und am 15. Oktober 1978 in Bayern vorbereitet bzw. durchgeführt.

In Niedersachsen wurden 34 Veranstaltungen organisiert. Der Bundesvorsitzende erreichte ca. 81.000 Kundgebungsteilnehmer. Darüber hinaus fanden zwei Redaktionsbesuche und zwei Pressefahrten statt.

In Hamburg wurden drei Großkundgebungen - insgesamt ca. 6.000 Besucher - und eine Pressekonferenz mit dem Bundesvorsitzenden durchgeführt.

Für die Landtagswahl in Hessen sind 30 Veranstaltungen, drei Redaktionsbesuche und drei Pressefahrten geplant.

Im Landtagswahlkampf Bayern wird Dr. Kohl sieben Großkundgebungen besuchen.

Abteilung Personal

Die Abteilung Personal hatte im Berichtszeitraum drei Aufgabenschwerpunkte:

1. die kontinuierliche Personalpflege,
2. die Weiterentwicklung der arbeitsvertraglichen Grundlagen, speziell der Arbeitsvergütung,
3. den Ausbau des Aus- und Weiterbildungsprogramms für hauptamtliche Mitarbeiter der Partei.

zu 1 Die Bundesgeschäftsstelle wurde organisatorisch neu strukturiert mit dem Ziel, die Arbeitsmöglichkeiten in der Linie, in den Abteilungen zu verbessern und die Verantwortung in der Spitze straffer zusammenzufassen. Im Bereich der HA Politik wurden neue Themenfelder personell und organisatorisch abgedeckt. Besonders zu erwähnen sind die Gebiete Außenpolitik, Verbände und Kunst, Analysen und Projektionen. Durch die neue Organisationsstruktur wurde es ermöglicht, eine schnelle, effiziente Arbeit aller Abteilungen zu gewährleisten und die Dienstleistungsfunktion des Hauses zu verbessern. Dabei konnte die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle um etwa 10 % gesenkt werden.

zu 2 Im Jahre 1977 hat die Bundesgeschäftsstelle eine speziell an ihren Bedürfnissen orientierte Vergütungsordnung in Kraft gesetzt. Zusammen mit den 1975 eingeführten allgemeinen Anstellungsbedingungen sind damit die Grundlagen für die wesentlichen arbeitsvertraglichen Fragen festgelegt.

Alle Regelungen sind in Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Betriebsrat entwickelt und einvernehmlich verabschiedet worden. Die in der laufenden Erprobungsphase gemachten Erfahrungen weisen aus, daß ein praktikables und alle grundlegenden Erwartungen erfüllendes System zustandegekommen ist.

zu 3 Das im Jahre 1973 eingeführte und ständig weiterentwickelte Aus- und Weiterbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter der Partei, ein insgesamt fünfwöchiges Kurssystem, hat sich im vollem Umfang bewährt. Die Landesverbände haben das Projekt tatkräftig mitgetragen.

Die Zahl der Teilnehmer, vorrangig Geschäftsführer auf lokaler und regionaler Organisationsebene, liegt bereits über 50 % der Zielgruppe. Damit ist die Voraussetzung geschaffen für ein zusätzliches Programm, das den Seminarabsolventen zur speziellen Weiterentwicklung angeboten werden wird.

Abteilung Verwaltung

Zum Bereich der inneren Verwaltung, dem wesentlich die Buchhaltung, der Finanzverkehr und die Kostenermittlung und -zuordnung obliegt, ist zu berichten, daß die ordnungsgemäße Erledigung dieser Aufgaben durch externe Wirtschaftsprüfer uneingeschränkt bestätigt wurde.

Die Bundesgeschäftsstelle erledigte in diesem Bereich auch die etatgemäße Betreuung für Vereinigungen zu deren Zufriedenheit.

Der Versicherungsschutz wurde ausgebaut. Im letzten Jahr wurde anstelle der bisher jeweils nur für die Bundestagswahlzeit abgeschlossenen Haftpflichtversicherung eine generelle Haftpflichtversicherung für den Gesamtbereich der CDU abgeschlossen, in der alle Risiken abgesichert sind, für die die CDU von Dritten haftbar gemacht werden kann.

In der Verwaltung liegt ebenfalls die Geschäftsführung der Stiftung Versorgungswerk. Das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung erforderte eine Umstellung des Versorgungswerkes. Die Änderungen und ihre Auswirkungen für die hauptberuflichen Mitarbeiter der CDU wurden anhand des ihnen vorher zugegangenen umfangreichen Materials im Laufe des Berichtszeitraumes den einzelnen CDU-Arbeitgebern auf den Kreisgeschäftsführertagungen der Landesverbände durch den Geschäftsführer der Stiftung Versorgungswerk vorgetragen und erläutert.

Zur Zeit besteht eine Leistungsanwartschaft für 476 Mitarbeiter. 102 bereits laufende Renten teilen sich auf in 52 Alters-, 38 Witwen-, 9 Waisen- und 3 Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Eine Kapitalabfindung anstelle der Altersrente erhielten nach ihrem Eintritt in den Ruhestand 28 Mitarbeiter.

Hauptabteilung II

verantwortlich: Ulf Fink

Innenpolitik

verantwortlich: Gert Hammer

Wirtschafts- u. Gesellschaftspolitik

verantwortlich: Dr. Peter Andersen

Analysen

verantwortlich: Baldur Wagner

Verbände und kulturelle Beziehungen

verantwortlich: Rüdiger von Voss

Information/Dokumentation

verantwortlich: Heinz Winkler

Außen- und Deutschlandpolitik

verantwortlich: Dr. Henning Wegener

1. Schwerpunkte der politischen Arbeit

Die Einschätzung der Leistungsfähigkeit der CDU durch die Bürger hat sich von 1973 bis 1978 wesentlich verbessert. Dabei gelang es der CDU nicht nur, ihre traditionellen Stärken weiter auszubauen, sondern auch ihre bisherigen Kompetenz-Nachteile vor allem im Sozialbereich deutlich zu verringern. Im Verlaufe des Jahres 1977 vermochte die Union sogar erstmals auch auf sozialpolitischen Gebieten, die SPD als leistungsfähigste Partei abzulösen. Bemerkenswert daran ist vor allem, daß dieser Durchbruch gerade auf jenen Feldern erfolgte, die vom Bürger als besonders wichtig empfunden werden, wie z.B. Arbeitslosigkeit und Renten.

Eine wesentliche Ursache für diesen Kompetenzvorsprung ist die Tatsache, daß die CDU auf allen wichtigen Gebieten Alternativen für eine sachliche und zukunftsorientierte Politik entwickelt hat. Dies wird dokumentiert in einer "Analyse der innenpolitischen Probleme der Bundesrepublik Deutschland - Bilanz der SPD/FDP-Politik und die Alternativen der CDU". Diese von der Hauptabteilung Politik erarbeitete Analyse enthält auf 115 Seiten neben der Darlegung der Alternativen der CDU eine Beschreibung des Pro-

blembergs, der sich nach 9-jähriger Regierungszeit der SPD/FDP in der Bundesrepublik Deutschland aufgetürmt hat. Die Analyse kann von jedem Mitglied bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Die Analyse wurde am 31.8.1978 in einer großen Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. An dieser Konferenz nahmen der Parteivorsitzende, der Generalsekretär, sowie die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Prof. Biedenkopf, Dr. Dregger und Dr. Stoltenberg teil.

Um den Kompetenzvorsprung für die CDU zu erhalten, sieht es die Hauptabteilung Politik als ihre wichtigste Aufgabe an, dringende Probleme aufzubereiten, ihre Diskussion in der Partei zu organisieren und die Arbeiten für eine Beschlußfassung der Partei über die Lösungsvorschläge der CDU zu leisten. Als Arbeitsmethode wurden dafür folgende Schritte entwickelt:

1. Erarbeitung einer Dokumentation, in der das Thema aufbereitet wurde
2. Durchführung eines Kongresses
3. Auswertung des Kongresses in parteiinternen Publikationen und in einem auf dem freien Buchmarkt vertriebenen Taschenbuch
4. Einbringen der Diskussionsvorschläge in die politische Willensbildung und Erarbeitung einer Konzeption der CDU.

Diese Arbeitsmethode hatte eine Reihe von Kongressen zur Folge, die in der Partei auf großes Interesse stießen. Darüber hinaus wurden sie in der Öffentlichkeit sehr stark beachtet. Jeder Kongreß nahm einen breiten Raum in der Medienberichterstattung ein (Teilnehmerzahlen siehe Bericht der Abteilung Organisation).

1.1. Grundsatzprogramm

Das Grundsatzprogramm vom 22. bis 24. September 1977 in Berlin wurde vorbereitet durch eine Ausarbeitung der Bundesgeschäftsstelle unter dem Thema "Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - Unterschiede im Grundwerteverständnis von CDU und SPD". Diese Ausarbeitung erschien als UiD-Dokumentation und als Broschüre in der Reihe "Zum Thema". Sie wurde außerdem an die Presse verteilt. In dieser Ausarbeitung wurde der Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU mit dem Orientierungsrahmen 85 der SPD verglichen. Sie wurde damit zu einer wichtigen Information für alle, die sich an der ersten Diskussionsphase des Grundsatzprogramms beteiligten.

Das Grundsatzforum selbst war der Höhepunkt dieser ersten Diskussionsphase. Die Diskussion in Berlin hatte eine breite Ausstrahlung in die Öffentlichkeit. Es wurde deutlich, daß die CDU auch in der Grundsatzdiskussion die politische Initiative ergriffen hat. Außerdem haben die Bürger erkannt, daß die CDU die Herausforderungen unserer Zeit annimmt.

Über die Beiträge des Grundsatzforums wurde im UiD berichtet. Darüber hinaus wurden die Vorträge in einem Buch publiziert und dadurch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sowohl das Grundsatzforum als auch alle Stellungnahmen der Parteigliederungen zum Grundsatzprogramm, die bis zum 18. November 1977, dem Ende der ersten Diskussionsphase, eingegangen sind, wurden synoptisch aufbereitet. Das heißt, daß jede Äußerung und jeder Formulierungsvorschlag der jeweiligen Ziffer des Programmentwurfs zugeordnet wurden, auf die sie sich bezogen. Die Stellungnahmen zu jeweils einer Ziffer waren in ihrer Abfolge gegliedert nach den Organisationsstufen der Partei von den Landesverbänden bis zu den Ortsverbänden. Ebenfalls wurden die Stellungnahmen einzelner Parteimitglieder eingearbeitet. In einem zweiten Abschnitt wurden die Stellungnahmen von außerhalb der Partei zusammengestellt. Sie gliederten sich in Verbandsstimmungen und die einzelner Bürger. Viele parteiinterne und parteiexterne Änderungs-

vorschläge ließen den großen Einsatz und die Mühe erkennen, mit denen sich Parteimitglieder und interessierte Bürger an der Grundsatzdiskussion beteiligen. So gab es durchaus Stellungnahmen, die zu 80 oder 90 Ziffern Vorschläge unterbreiteten. Selbst völlig neue Entwürfe für ein Grundsatzprogramm wurden ausgearbeitet und der Bundespartei zugesandt.

Nach der Erstellung der Synopse erarbeitete die Hauptabteilung Politik eine Tendenzübersicht über die eingegangenen Stellungnahmen. Darin wurde für jede Programmziffer zusammengefaßt, wie oft und von wem ein bestimmter Änderungswunsch geäußert wurde. Diese Unterlagen waren die Basis für die Überarbeitung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm.

Diese Neufassung wurde im Auftrag des Bundesvorstandes von einer Kommission vorgenommen, die der Generalsekretär leitete. Nach eingehender Diskussion hat der Bundesvorstand seinen Entwurf am 8. Mai 1978 als Antragsgrundlage für den Bundesparteitag verabschiedet.

Mit Vorlage des Vorstandsantrages begann in der Partei die zweite Diskussionsphase. Eine auf der Basis des neuen Entwurfs aktualisierte Fassung der o.g. Ausarbeitung über das unterschiedliche Grundwerteverständnis von CDU und SPD hilft auch in dieser Phase der Partei bei ihrer Diskussion. Nach Antragsschluß am 25. September wird die Hauptabteilung Politik alle eingegangenen Anträge synoptisch aufbereiten, damit sie in übersichtlicher Form als Antragsbroschüre dem Bundesparteitag vorliegen können. Durch eine Übersicht über die Inhalte der Anträge schafft die Hauptabteilung die Grundlage für die Beratungen der Antragskommission. Deren Beschlüsse werden von der Hauptabteilung zusammengestellt und als Beschlußempfehlungen dem Parteitag vorgelegt.

1.2. Energie und Umwelt

Mit dem Kongreß "Energie und Umwelt" am 10. und 11. Oktober 1977 hat die CDU für die Energiepolitik ein Signal gesetzt. Vorbereitet wurde dieser Kongreß durch eine umfassende Dokumentation, die den Energiebedarf bis zum Jahre 2000 und die Deckungsmöglichkeiten der Energielücke aufzeigte.

Außerdem hat der Bundesfachausschuß "Energie und Umwelt" der CDU einen Diskussionsrahmen und Thesen ausgearbeitet, die Grundlage für die Beratungen des Kongresses waren. Nach Auswertung der Kongreßdiskussion erarbeitete der Bundesfachausschuß "Energie und Umwelt" ein energiepolitisches Programm, das am 28. November 1977 vom Bundesausschuß einstimmig verabschiedet wurde. Damit verfügt die CDU als einzige große Partei in der Bundesrepublik Deutschland über einen klaren und unumstrittenen Kurs in der Energiepolitik. Das energiepolitische Programm wurde im UfD und als Broschüre in der Reihe "Zum Thema" veröffentlicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion brachte das Programm als Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag ein. Damit wurde die Einbeziehung des Programms in die Parlamentsdiskussion sichergestellt.

Gegenstand der Diskussion auf dem Kongreß "Energie und Umwelt" war ebenso Funktion und Bedeutung der Bürgerinitiativen und das Verhältnis der CDU zu ihnen. Zu diesem Thema hatte der Bundesfachausschuß Innenpolitik eine Vorlage erarbeitet, die ebenfalls vom Bundesausschuß verabschiedet wurde. Dieser Beschluß wurde zusammen mit einer Analyse der bisherigen Entwicklung von Bürgerinitiativen in der Broschürenreihe "Zum Thema" veröffentlicht.

1.3 Innere Sicherheit

Bereits Monate vor den ersten terroristischen Anschlägen des Jahres 1977 arbeitete der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU an den "Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland". Diese wurden am 27.7.1977 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist das erste umfassende Konzept einer Partei zur inneren Sicherheit. Die Thesen umfassen den verstärkten Schutz der Bürger vor Rechtsbrechern und Verfassungsfeinden sowie den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bürger im Straßenverkehr, bei Katastrophen und im Notstand. Die Thesen wurden auch in der Reihe "Zum Thema" veröffentlicht.

Nach der Entführung von Hanns-Martin Schleyer beschäftigte sich der

Bundesvorstand der Partei am 26.09.1977 aufgrund einer Vorlage der Hauptabteilung Politik mit der Frage, welche gesetzgeberischen Maßnahmen notwendig sind, damit der Terrorismus besser bekämpft werden kann. Dabei ging der Bundesvorstand davon aus, daß die spektakulären terroristischen Anschläge nicht isoliert gesehen werden dürfen. Sie sind Teil sowohl einer zunehmenden Gewaltkriminalität als auch einer mangelhaften Verteidigung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Vorschläge des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Terrorismus berücksichtigen daher auch diese beiden Komponenten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Oktober 1977 durch einen Gesetzentwurf die Beschlüsse des Bundesvorstandes in die parlamentarische Beratung eingebracht. In einer Ausarbeitung "Die verschleppte Gesetzgebung gegen den Terrorismus" hat die Hauptabteilung zusammengestellt, wie die SPD/FDP-Koalition immer wieder eine wirksame Gesetzgebung gegen den Terrorismus verschleppt oder gar verhindert hat. Diese Ausarbeitung ist als Broschüre in der Reihe "Zum Thema" veröffentlicht worden. Nach Verabschiedung des zweiten Gesetzes gegen den Terrorismus hat die Hauptabteilung Politik in einer Uid-Extra-Dokumentation aufgelistet, welche Vorschläge der Union durch die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages verwirklicht, teilweise verwirklicht oder abgelehnt worden sind.

Der Terrorismus kann nicht nur mit polizeilichen und gesetzgeberischen Mitteln bekämpft werden. Wichtige Voraussetzung für die Beseitigung des Terrorismus ist die Auseinandersetzung mit den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen. Als Anstoß für eine intensive Diskussion dieser Frage legte der Generalsekretär Dr. Heiner Geißler am 11.10. eine Zitatensammlung vor, mit der verhindert werden sollte, daß dieses Thema in der öffentlichen Diskussion tabuisiert wurde. Eine weitere Dokumentation stellte Aufsätze zusammen, die sich mit den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus beschäftigten. Diese war Vorbereitung auf einen besonders beachteten Kongreß der Bundespartei unter dem Thema "Der Weg in die Gewalt", der am 29. und 30.11. im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn veranstaltet wurde. Referate hervorragender

Wissenschaftler zu den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus wurden mit Vertretern der Partei und zahlreichen Gästen aus Wissenschaft und Kunst diskutiert. Zu den Themen gehörten die Entwicklung im Erscheinungsbild, das geistige und das soziale Umfeld des Terrorismus. Ebenso wurden die Themen der sozialen Gruppenpsychologie, der Kapitalismuskritik und des Einflusses totalitärer Ideologien sowie die philosophischen Theorien der Gewalt und das Problem von Macht und Moral der Politik behandelt. Eine Zusammenfassung des Kongresses erschien als Dokumentation im UfD. Außerdem wurden alle wichtigen Beiträge des Kongresses in Buchform publiziert. Dieses Buch hatte eine so große Nachfrage, daß bereits Neuauflagen notwendig waren. Am 21. April hat sich die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz mit den Erkenntnissen des Kongresses befaßt. Dabei wurden Maßnahmen der Landespolitik diskutiert und beschlossen, mit denen Ursachen des Terrorismus beseitigt werden können.

1.4 Zukunftschancen der Jugend

Der Bundesparteitag im März 1977 forderte die Bundespartei auf, das Thema Zukunftschancen der Jugend intensiv zu bearbeiten und dann dem Bundesausschuß der Partei eine detaillierte Beschlußvorlage vorzulegen. Noch im März 1977 wurde in Zusammenarbeit mit der politischen Akademie Eichholz eine Fachtagung "Jugendarbeitslosigkeit" durchgeführt. Ein Hearing am 22.06.1977 gab der Partei die Möglichkeit, die Meinung von Experten zu dem Thema "Zukunftschancen der jungen Generation" einzuholen.

Die Erkenntnisse aus diesen Veranstaltungen gingen ein in die Diskussionspapiere, die die Fachausschüsse für Kulturpolitik und für Jugendpolitik der CDU zum Kongreß "Zukunftschancen der jungen Generation" am 21./22.10.1977 vorbereiteten. Ziel des Kongresses war es, verschiedene Politikbereiche, die Einfluß haben auf die Zukunftschancen der jungen Generation, zusammenzuführen, um ein abgestimmtes Programm

entwickeln zu können. Es wurden daher hier nicht nur Bildungs- und Berufsprobleme diskutiert, sondern auch Fragen der Bevölkerungsentwicklung, der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik. Die einzelnen Arbeitskreise befaßten sich mit den Themen "Ausbildung und Arbeitsmarkt", "Mehr Chancen durch ein begabungsgerechtes Schulsystem", "Die Familie - entscheidend für Zukunft und Jugend", "Solidarität zwischen den Generationen - Grundlagen sozialer Sicherheit" und "Verantwortung und Freiheit - Ziel unserer Jugendpolitik".

Die Bundesfachausschüsse Kulturpolitik und Jugendpolitik erarbeiteten aufgrund dieser breiten Diskussion eine Beschlußvorlage, die am 12.6.78 vom Bundesausschuß verabschiedet wurde. Mit diesem Beschluß verfügt die CDU über eine Aussage, die tatsächliche Zukunftsperspektiven für die Jugendlichen eröffnet.

1.5 Verteidigungspolitik

Der Bundesparteitag im März 1977 hatte ebenfalls eine Bestandsaufnahme der Ergebnisse der Entspannungspolitik und der Auswirkungen dieser Politik auf die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefordert.

Deshalb veröffentlichte die Hauptabteilung Politik in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar 1978 eine Dokumentation zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, in der mit Daten, Fakten und dokumentarischen Materialien die Rüstungspotentiale und die Militärstrategie des Warschauer Paktes und der Nato dargelegt, die Situation in Europa besonders beleuchtet und die Konsequenzen für den freien Westen aufgezeigt wurden.

Die Dokumentation diente der Vorbereitung des großen sicherheitspolitischen Forums der CDU in Kiel, das im gleichen Monat stattfand. Dieser Kongreß diskutierte die verteidigungspolitische Situation der Bun-

desrepublik Deutschland und Europas im Rahmen der Nato unter Beteiligung hochrangiger internationaler Persönlichkeiten. Die Beiträge und Ergebnisse wurden in einem Taschenbuch im April der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Titel lautet: Sicherheit für unsere Freiheit. Zur verteidigungspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland.

1.6 Bürokratisierung

Die Anzahl der Gesetze hat ein Ausmaß angenommen, daß kaum noch in jedem Fall überblickt werden kann, was in welchem Gesetz wie geregelt ist. Formulare, Bescheide, Fragebogen sind so formuliert, daß viele Bürger nichts mehr mit ihnen anfangen können. Dies alles sind Beispiele dafür, was zu dem Unmut der Bürger über eine ständig wachsende Bürokratisierung geführt hat. Dieser Unmut beruht jedoch nicht allein auf einer emotionalen Ablehnung von Verwaltungsvorgängen. Er hat vielmehr einen sehr gewichtigen politischen Hintergrund. Es entstehen immer wieder neue Bedürfnisse, Sachverhalte staatlich zu regeln und zu organisieren. Dies fließt in die Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit ein. Diese Tendenz mußte sich besonders verstärken, nachdem die SPD den Bundeskanzler stellte. Die SPD mißtraut grundsätzlich den freien Regelungskräften der Gesellschaft und greift daher, wo immer sich nur ein Problem auftut, zur staatlichen Reglementierung. Im politischen Alltag wird jedoch kaum vermerkt, wenn eine staatliche Regelung, die möglicherweise irgendwann einmal sinnvoll war, überflüssig geworden ist. Deshalb wird der staatlich reglementierte Bereich ständig zunehmen, wenn nicht eine politische Kraft bewußt die Aufgabe übernimmt, den staatlichen Bereich daraufhin zu durchforsten, was überflüssig geworden ist oder vereinfacht werden kann.

Die CDU hat für diese Aufgabe die Initiative ergriffen. Als Diskussionsbasis hat die Bundesgeschäftsstelle eine umfangreiche Dokumentation erarbeitet, in der Aufsätze mit Analysen und Vorschlägen zur Entbürokratisierung zusammengefaßt waren. Diese Dokumentation wurde der wissen-

schaftlichen Fachtagung vorgelegt, die am 19./20. April 1978 in Bonn unter dem Thema "Verwaltete Bürger - Gesellschaft in Fesseln" stattfand. Mit Experten wurde die Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert. Auch die richtungsweisenden Beiträge dieses Kongresses werden als Buch veröffentlicht. Inzwischen wurde eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Generalsekretärs gebildet, die die vielfältigen Anregungen und Vorschläge des Kongresses auswertet und Konsequenzen für die praktische Politik erarbeitet.

1.7 Rechtspolitik

"Recht sichert die Freiheit" war das Leitthema des zweiten Rechtspolitischen Kongresses der CDU/CSU am 18./19. Mai 1978 in Karlsruhe. Die zur Vorbereitung des Kongresses von der Hauptabteilung Politik erarbeitete Dokumentation "SPD und das Recht; Verfassungsverstöße von SPD und ihre Ursachen" zeigte auf, wie die Freiheitssicherung durch Rechtssicherheit in Gefahr gerät, durch Gesetze, die nicht im Einklang mit unserer Verfassung stehen. Andererseits wird die Freiheitssicherung durch Gewaltenteilung untergraben, wenn die SPD ständig versucht, für sie mißliebige Urteile des Bundesverfassungsgerichts als reaktionär abzuwerten, obwohl eine sachliche Würdigung der Urteile des Gerichts zeigt, daß dieses lediglich seinem Auftrag zur Abwehr verfassungswidriger Gesetze nachgekommen ist. Ein Schwerpunkt des Kongresses war deshalb der Frage gewidmet, wie der Rechtsstaat gesichert und ausgebaut werden könne. Daneben wandte sich der Kongreß der Vertiefung spezieller Themen zu. In einer Abteilung wurde die verfassungsrechtliche Bedeutung des Begriffes "Deutschland" und damit das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR vom Dezember 1972 erörtert. Eine andere Abteilung beschäftigte sich mit dem Schutz der Verbraucher im europäischen Kartellrecht. Schließlich wurde die von der Bonner Koalition geplante Neuregelung der Eltern-Kinder-Beziehung eingehend diskutiert.

Der Kongreß und die Dokumentation hatten einen gewichtigen Einfluß auf die rechtspolitische Diskussion. Eine Reihe von Beiträgen in den Medien, insbesondere auch in der Fachpresse, befaßten sich mit dem Verhältnis der SPD zum Recht und mit den vom Kongreß behandelten Spezialthemen. Die hessische Landtagsfraktion hat inzwischen eine Parlamentsdebatte über das Rechtsverständnis der SPD geführt. In die Politik der Union im Bundestag und Bundesrat sind Erkenntnisse der Abteilungen bereits eingegangen.

Fünf weitere Themen gehörten im Berichtszeitraum zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit. Dies sind die Themen "Rentenpolitik", "Vollbeschäftigung", "Familienpolitik", "Europapolitik" und "Deutschlandpolitik".

1.8 Rentenpolitik

In der Rentenpolitik wurde traditionell der SPD die größere Sachkompetenz von der Bevölkerung zugesprochen. Deshalb wurde der Information über dieses Thema ein besonderer Schwerpunkt eingeräumt. Dabei ging es darum, der Bevölkerung zu verdeutlichen, daß

1. die Rentenpläne der Bundesregierung ordnungspolitisch falsch, finanzpolitisch verfehlt und sozial unausgewogen sind und
2. die CDU über eine klare Alternative verfügt, die an der bruttolohnbezogenen Rente festhält.

Diese Alternative war nach Zuarbeit durch die Hauptabteilung Politik von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen worden. Außerdem hat die Hauptabteilung eine Reihe von Studien erstellt, die Basis für politische Aussagen im Bereich der Rentenpolitik waren. Hierzu gehören:

- Vergleich der Rentenanpassungssysteme in den Mitgliedsländern der EG sowie in Österreich und in der Schweiz
- Finanzkennziffern zum Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes
- die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf das System der sozialen Sicherung

- die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit
- Analyse von Sachverständigengutachten und Hearings zur Renten Anpassung.

Mit der Aktion "Sichere Renten - Gegen Wortbruch und Willkür" ist die Partei politisch in die Offensive gegangen. Der Protest gegen die Rentenpläne der Bundesregierung fand seinen bedeutendsten Ausdruck in einer Großkundgebung, die am 2. März 1978 in Bonn-Bad Godesberg stattfand. Dabei haben sich alle bedeutenden Sozialverbände einschließlich der Gewerkschaften in der Sache zur CDU bekannt. In einer zweiten Kundgebung, am 6. Juni 1978 in Bochum, wurde dieser Protest noch einmal kraftvoll unterstrichen.

Begleitend wurden eine Reihe von Materialien erarbeitet:

- "Zum Thema" Broschüre "Renten"
- UiD-Dokumentation "Chronik des Rentenbetruges"
- UiD-Extra-Dokumentation "Sozialpaket: Mit der heißen Nadel genäht"
- CDU-Telegramm "Die Union kämpft für die kleinen Rentner und für die Freiheit im Gesundheitswesen"
- CDU-Telegramm "Achtung: Bauernfänger am Werk!"
- CDU-Telegramm "Renten sind keine Almosen"
- CDU-Telegramm "SPD-Propagandaflut ersetzt keine Argumente"
- Flugblatt "Für sichere Renten. Gegen Wortbruch und Willkür"
- ARGU-Karte "Partnerrente"
- Zielgruppenbrief für ältere Bürger

1.9 Vollbeschäftigung

Unter der Regierungsverantwortung der SPD ist die Bundesrepublik Deutschland mit Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. 1978 ist schon das vierte

Jahr, in dem über eine Million Menschen ohne Arbeit sind. Die neu ins Erwerbsleben drängenden geburtenstarken Jahrgänge drohen künftig diese Situation noch zu verschärfen. Die SPD/FDP-Bundesregierung ist dieser Herausforderung nicht gewachsen.

Der 25. Bundesparteitag beauftragte im März 1977 den Bundesvorstand, weiterführende Aussagen zur Arbeitsplatzsicherung zu erarbeiten. Nach intensiver Vorbereitung legte der Vorstand der Partei sein Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung dem Bundesausschuß vor. Dieser hat das Programm am 13.07.1977 grundsätzlich gebilligt. Es geht davon aus, daß ohne entscheidende Maßnahmen Massenarbeitslosigkeit nicht abzubauen ist. Das Schwergewicht des Programms liegt auf wachstumsfördernden Maßnahmen. Es stellt aber realistischerweise auch fest, daß die Ursachen, die in der seit nunmehr 7 Jahren anhaltenden verfehlten Politik begründet sind, nicht von heute auf morgen beseitigt werden können. Deshalb schlägt das Programm "flankierende" Maßnahmen vor. Hierzu gehören das Erziehungsgeld für das 1. Lebensjahr des Kindes, das Berufsgrundbildungsjahr für eine qualifiziertere Ausbildung und die befristete Erweiterung der flexiblen Altersgrenze auf freiwilliger Basis.

Im Bundestag und im Bundesrat hat die Union wichtige steuerliche Teile des Programms umgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbeschädigte von 62 auf 60 Jahre eine weitere Initiative zur Verwirklichung des Programms ergriffen. In einem Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreitung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Berufsgrundbildungsjahr gefordert. In den CDU-geführten Bundesländern wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Das Vollbeschäftigungsprogramm der CDU ist bürgernah. So will - in Übereinstimmung mit dem Programm - die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (67 %), daß die Arbeitslosigkeit mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpft wird (Emnid-März 1978). Interessant ist dabei, daß auch die sogenannten flankierenden Maßnahmen des Programms auf breite

Zustimmung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stoßen. So liegt die Forderung nach Senkung des Rentenalters an vorderer Stelle der Rangliste. Nicht nur 68 % der Gesamtbevölkerung sind mit dieser Maßnahme einverstanden, sondern auch die Arbeitgeber würden diese Maßnahme mehrheitlich (57 %) begrüßen. Mit der Forderung nach Einführung eines Erziehungsgeldes als Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wären 61 % der gesamten Bevölkerung und gut die Hälfte (53 %) der Arbeitgeber einverstanden (Allensbach, März 1978). Vergleich: die Forderung nach weniger Steuern und Sozialabgaben erhält kaum wesentlich größere Zustimmung.

Während sich das Programm der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung von den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft leiten läßt, macht die SPD ordnungspolitisch falsche Vorschläge, die die Situation am Arbeitsmarkt noch verschärfen würden. So erklärte die SPD Grundwertekommission im Herbst 1977 die Angleichung der "Primäreinkommen" (der am Markt erzielten Einkommen) zur Schlüsselfrage sozialdemokratischer Politik. Diese ernste ordnungspolitische Herausforderung hat besondere Bedeutung bei der Lohnpolitik. Dort liegen auch Erfahrungen vor. Die Hauptabteilung Politik hat diese Erfahrungen in einer Studie analysiert.

Hauptergebnis der Studie ist: Eine Politik der Lohnnivellierung ohne Rücksicht auf Markt und Leistung ist ungeeignet, die anstehenden sozialen, ökonomischen und finanziellen Probleme unserer Gesellschaft zu lösen. Im Gegenteil: die Beschäftigungsrisiken erhöhen sich mit der Folge, daß der Sozialaufwand steigt. Arbeitnehmergruppen, deren relative Einkommensposition sich in den vergangenen Jahren verbessert hat, sind in besonderem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen. Dies wird gerade bei Auszubildenden deutlich: So sind einerseits die Jugendlichen besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen, andererseits hat sich zum Beispiel die Ausbildungsvergütung von "Lehrlingen" in den Jahren von 1967 bis 1977 mit bis zu 260 Prozent erheblich stärker erhöht als die Löhne und Gehälter aller Beschäftigten (plus 156 Prozent).

1.10 Familienpolitik

Die SPD/FDP-Koalition hat eine Politik zu Lasten der Familie betrieben. Besonders aufschlußreich für die politische Grundhaltung der jetzigen Bundesregierung ist der zweite Familienbericht, indem die Familie als eine Institution unter anderen dargestellt wird, der die Gesellschaft einen Teil der Erziehungsfunktion überträgt: "Erziehung der Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe besonderer Art und Bedeutung. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe überträgt unsere Gesellschaft Familien und außerfamiliären pädagogischen Einrichtungen". Eine Politik mit dieser Grundeinstellung zur Familie gerät in die Gefahr, nicht mehr auf dem Boden des Artikels 6 GG zu stehen, der die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt. Andererseits wird ohne aktive Familienpolitik der rapide Geburtenrückgang der letzten Jahre nicht aufzuhalten sein. Ein gravierender Bevölkerungsrückgang innerhalb kurzer Zeit muß jedoch zwangsläufig schwerwiegende Folgen für die soziale Sicherung und den Wohlstand in unserem Staat haben.

Da Maßnahmen für eine bessere Familienpolitik nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland sondern auch in unseren europäischen Nachbarstaaten zur Zeit diskutiert werden, hat die Hauptabteilung Politik Kontakte mit befreundeten Parteien anderer europäischer Länder aufgenommen, um mit ihnen gemeinsam familienpolitische Vorschläge zu erarbeiten.

Vom 08. - 10. Februar 1978 hatte die Hauptabteilung Politik Mitglieder des Research-Department der britischen konservativen Partei zu einer Arbeitssitzung in die Konrad-Adenauer-Stiftung nach St. Augustin eingeladen. Eines der drei Themen, die behandelt wurden, war die Familienpolitik der CDU und der britischen konservativen Partei. Zur Vorbereitung legte die Bundesgeschäftsstelle Arbeitspapiere zur familienpolitischen Konzeption der CDU sowie eine erste Studie zum Vergleich der Familienpolitik in ausgewählten europäischen Ländern vor. Für die Zukunft wurden weitere Kontakte und gegenseitige Information vereinbart.

Am 30. und 31.03.1978 trafen sich auf Einladung der Bundesgeschäfts-

stelle Vertreter von 16 konservativen und christlich-demokratischen Parteien aus den europäischen Staaten in St. Augustin zu einer Fachkonferenz über die Familienpolitik ihrer Länder.

Nach intensiven Diskussionen einigten sich die Delegierten auf 5 Thesen über gemeinsame Grundsätze konservativer und christlich-demokratischer Parteien zur Familienpolitik.

Zur Vorbereitung dieser familienpolitischen Fachtagung hatte die Hauptabteilung Politik aus allem bis dahin verfügbaren Material eine Dokumentation: "Vergleich der Familienpolitik in Europa" zusammengestellt. Am 30. März wurde diese Dokumentation auf einer vielbeachteten Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Dokumentation löste in den folgenden Wochen eine intensive Diskussion in der breiten Öffentlichkeit über das Thema Familienpolitik aus. An alle Teilnehmer der Fachkonferenz hatte die Bundesgeschäftsstelle einen von ihr erarbeiteten Fragebogen zur familienpolitischen Situation in den beteiligten Ländern gesandt mit der Bitte um schriftliche Beantwortung. Im Juni gab die Hauptabteilung Politik in enger Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Kompendium zur Familienpolitik in Europa heraus, in dem alle Materialien der Fachtagung in St. Augustin zusammengefaßt sind.

Nach Vorbereitung durch mehrere Bundesfachausschüsse wird im Dezember 1978 ein Fachkongreß zur Familienpolitik stattfinden, der insbesondere die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland beleuchten soll.

1.11 Europapolitik

Die europapolitische Arbeit der CDU steht vorrangig im Zeichen der Vorbereitung der Direktwahl zum Europäischen Parlament. Nachdem 1976 auf dem Bundesparteitag ein Europatag stattgefunden hatte und ein europäisches Manifest verabschiedet worden war, beschäftigte sich am 13.06.1977 der Bundesausschuß der Partei mit europapolitischen Fragen.

Dazu hatte die Hauptabteilung Politik eine Beschlußvorlage erarbeitet. Sie wurde vom Bundesausschuß verabschiedet. In dem Beschluß werden die wichtigsten Forderungen der CDU noch einmal zusammengestellt, die für einen baldigen Fortgang der europäischen Integration verwirklicht werden müssen.

Die Direktwahl zum Europäischen Parlament wurde nicht nur auf nationaler sondern auch auf internationaler Ebene vorbereitet. Diesem Ziel diene vor allem die intensive Mitarbeit in der europäischen Volkspartei (EVP). Außerdem wurde die Europäische Demokratische Union (EDU) gegründet, eine Arbeitsgemeinschaft christlich demokratischer, konservativer und anderer nahestehender Parteien aus dem gesamten nichtkommunistischen Europa.

Im März 1978 verabschiedete der Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) sein Politisches Programm. Die CDU hatte an der Programmarbeit hervorragenden Anteil. Die Grundlagen dazu wurden von der Hauptabteilung Politik in Abstimmung mit dem Bundesfachausschuß Außenpolitik erarbeitet. Das klare Bekenntnis zur Freiheit unserer Länder, zur persönlichen Würde und Unantastbarkeit des einzelnen, zur Verbindlichkeit der Menschenrechte, zur Sozialen Marktwirtschaft als Grundlage des ökonomischen Systems im freien Europa, zur Nato und zur engen Partnerschaft mit Nordamerika und die ebenso klare Absage an Eurokommunismus und Eurosozialismus sind nunmehr gemeinsame und verbindliche Grundpfeiler politischen Denkens in den christlich-demokratischen Parteien Europas.

1.12 Deutschlandpolitik

Im Mittelpunkt des letzten Bundesparteitages stand der Deutschlandtag. Er war Ausdruck des entschlossenen Willens der CDU, in Frieden die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes zu überwinden. Aufgabe der Hauptabteilung Politik war es, die Ergebnisse des Deutschlandtages einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Zu diesem Zweck wurde eine UID-Dokumentation erstellt.

Ein Anliegen des letzten Bundesparteitages war es, die Frage der Menschenrechte in Deutschland stärker in das politische Bewußtsein zu rücken. Aufgrund eines Parteitagsbeschlusses erarbeitete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Dokumentation über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa. In zwei von der Hauptabteilung Politik erarbeiteten UfD-Dokumentationen wurde die Menschenrechtsdiskussion aufbereitet und somit Argumentationsmaterial den Parteimitgliedern zur Verfügung gestellt. Ergänzend wurde eine Argumentationskarte zum Thema "Menschenrechte" angefertigt.

Viele Tatsachen im geteilten Deutschland sind im europäischen Ausland unbekannt. Dies kann leicht zu politischen Mißverständnissen führen. Zu diesen Tatsachen gehört auch die Existenz einer CDU in der DDR. Um politische Fehlentscheidungen im westeuropäischen Ausland vorzubeugen, fertigte die Hauptabteilung Politik eine Analyse der Ost-CDU an. Diese wurde vor allem an die mit uns befreundeten christdemokratischen und konservativen Parteien in Europa versandt.

Am 17. Juni 1978 jährte sich zum 25. Male der Volksaufstand in der DDR für Freiheit und Selbstbestimmung. Zu diesem Jahrestag erarbeitete die Hauptabteilung Politik eine UfD-Extra-Dokumentation und ein CDU-Telegramm.

Der letzte Bundesparteitag hatte u.a. ein Konzept zur künftigen Gestaltung des innerdeutschen Verhältnisses verlangt. Die Hauptabteilung Politik führte deshalb eine Expertentagung durch, auf der intensiv ein Handlungsrahmen für eine planvolle Deutschland-Politik diskutiert wurde. Diese Tagung wurde ausgewertet und daraus der "Katalog flexibler Gegenmaßnahmen für eine planvolle Deutschland-Politik" erarbeitet. Dieser Katalog wurde am 4. August 1978 vom Generalsekretär der Presse vorgestellt. Damit wurde ein Beitrag geleistet, die deutschlandpolitische Stagnation zu überwinden.

2. Aus der Arbeit der Bundesfachausschüsse

Neben den die Öffentlichkeit besonders interessierenden Themen haben die Bundesfachausschüsse der CDU in ihrer Arbeit eine Reihe weiterer fachliche Probleme aufgegriffen. Voraussetzung dafür war die Neukonstituierung von 12 Bundesfachausschüssen nach dem letzten Bundesparteitag. Zusammen mit den bereits vor dem letzten Bundesparteitag eingesetzten Fachausschüssen haben im Berichtszeitraum 14 Bundesfachausschüsse gearbeitet.

Bei einer Reihe von Kongressen lag die inhaltliche Vorbereitung in der Verantwortung der jeweils zuständigen Bundesfachausschüsse. Sie haben die Kongreßdiskussion ausgewertet und daraus Programme formuliert. Diese und andere bedeutende programmatische Aussagen wurden auf Pressekonferenzen vorgestellt.

Der folgende Überblick zeigt, mit welchen Themen sich die Bundesfachausschüsse im einzelnen beschäftigt haben.

2.1 Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vors.: Heinz Schwarz MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Aktualisierung der Thesen der CDU zur Inneren Sicherheit
- Aktualisierung des Konzeptes der CDU zur Ausländerpolitik
- Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Personenschutz
- Personalprobleme der Polizei
- Asylverfahren
- Reform des öffentlichen Dienstes (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Fachhochschulen für den gehobenen öffentlichen Dienst
- Bürgerinitiativen
- Stellungnahme zur Kriminalstatistik 1977

- Stellungnahme zum Grundsatzprogrammmentwurf
- Stellung der Frau in der Polizei
- Ausgliederung öffentlicher Aufgaben aus der allgemeinen Verwaltung

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Verbände problematik
- Datenschutz
- Wahlrecht
- Gesetzeskosten
- Polizeireserve
- Europol
- Fälschungssichere Ausweispapiere
- Einheitliches Polizeigesetz
- Laufbahnrecht der Polizei
- Privates Bewachungsgewerbe
- Rauschgiftkriminalität

Es fanden Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei und dem Bund der Kriminalbeamten zum Thema "Innere Sicherheit" statt.

Arbeitsgruppen

- Innere Sicherheit

Vors.: Karl Heinz Schmitz MdA

Anzahl der Sitzungen:

Arbeitsgruppe: 7

Polizeiarbeitskreis: 1 Sitzung, 1 Seminar in Eichholz

- Mitwirkung im kommunalen Bereich/Bürgerinitiativen

Vors.: Dr. Dieter Fuchs

Anzahl der Sitzungen: 7

- Ausgliederung öffentlicher Aufgaben aus der Verwaltung

Vors.: Dr. Bernd Lemhöfer

Anzahl der Sitzungen: 4

- Verwaltungsinterne Fachhochschulen

Vors.: Gerulf Herzog

Anzahl der Sitzungen 5

- Wahlrecht

Vors.: Franz Heinrich Krey

Anzahl der Sitzungen: 1

- Reform des öffentlichen Dienstes

Vors.: Staatssekretär Alois Schreiner

Anzahl der Sitzungen: 3

2.2 Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vors.: Friedrich Vogel MdB

1 Mitgliederversammlung

Vorstand und Koordinierungsausschuß

Vors.: Friedrich Vogel MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Leitsätze zur Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen
- Entschließungsantrag für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Bericht der Enquete-Kommission "Verfassungsreform" des Bundestages
- Grundsätze der CDU und gesetzliche Änderungsvorschläge zur Reform des Rechts der elterlichen Sorge
- Thesen und Gesetzentwurf der CDU für eine gesetzliche Regelung der außergerichtlichen Rechtsberatung und Vertretung von Bürgern mit geringem Einkommen
- Leitsätze zur Beteiligung von Kartellbehörden an UWG-Rechtsstreitigkeiten

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Ehescheidungsrecht
- Familiengerichte
- Sachverständige im Prozeß
- Staatshaftungsrecht
- Verbandsklage
- Bürgerinitiative
- Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus
- Verteidigerüberwachung
- Jugendstrafvollzug
- Juristenausbildung
- Deutscher Juristentag

Wissenschaftliche Arbeitstagung in Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema "Sachverständige im Prozeß"

BACDJ-Informationsdienst: 5 Ausgaben

Fachkommissionen

- Ehe- und Familienrecht

Vors.: Prof. Dr. Wilfried Schlüter

Anzahl der Sitzungen: 7

- Verbraucherschutz (in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis der Juristen der CSU)

Vors.: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier MdL

Anzahl der Sitzungen: 3

- Armenrecht/Rechtsberatung

Vors.: Präsident Dr. Wolfgang Böning

Anzahl der Sitzungen: 3

- Jugendstrafvollzug
Vors.: Dr. Traugott Bender MdL
Anzahl der Sitzungen (Fachunterkommission): 3
- Staatshaftungsrecht
Vors.: Prof. Dr. Hans H. Klein MdB
Anzahl der Sitzungen: 3
- 2. Rechtspolitischer Kongreß
Vors.: Minister Otto Theisen MdL
Anzahl der Sitzungen: 2
- Verfassungsreform der CDU und CSU
Vors.: Dr. Carl Otto Lenz MdB
Anzahl der Sitzungen: 8

2.3 Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender: Kultusminister a. D. Werner Scherer MdL
Anzahl der Sitzungen: 13

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Formulierungshilfe für den bildungspolitischen Teil des Grundsatzprogramms der CDU
- Entwurf eines Programms "Zukunftschancen der Jugend"
- Lehraufträge an Pädagogischen Hochschulen zur Ostkunde (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)
- Personalvorschlag für einen Bundesbeauftragten der CDU für politische Bildung (Auftrag des 25. Bundesparteitages der CDU)

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Auswärtige Kulturpolitik
- schulische Probleme von Kindern ausländischer Arbeitnehmer

- Kooperative Schulen in Nordrhein-Westfalen
- Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Berufsgrundbildungsjahr und 10. Schuljahr
- Neuordnung der Hochschullehrerbesoldung
- Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes
- Strukturbericht der Bundesregierung (Föderalismuskritik)
- Hochschulrahmengesetz (Hochschulgesetznovellierung in den Ländern; Studienreform)
- Neuordnung des Hochschulzugangs
- wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus an den Hochschulen
- Positionspapier zur politischen Erwachsenenbildung
- Zusammenarbeit mit Künstlern

Ein Hearing mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften führte der Ausschuß durch zu dem Thema "Zukunftsorientierte Berufe".

2.4 Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vors.: Hermann Kroll-Schlüter MdB

Anzahl der Sitzungen: 10

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Programm "Zukunftschancen der Jugend"

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Grundsatzprogramm der CDU (familien- und bildungspolitische Aussagen)
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Recht der elterlichen Sorge
- Jugendhilfegesetz

- außerschulische Jugendbildung
- Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Internationales Jahr des Kindes
- Pflegekinderwesen
- kommunale Jugendpolitik

2.5 Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme der CDU zur Humanität im Leistungssport
- Sozialisation und Sport / Sport für Behinderte, ältere Mitbürger und jugendliche Strafgefangene
- Rahmen-Leitlinien zur kommunalen Sportförderung

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Verhältnis des öffentlichen Sportangebots zur Vereinsarbeit
- Schulsport
- Probleme des Wassersports
- Internationale Sportpolitik

Gespräche mit Sportverbänden zu den Themen:

- Förderung der Vereinsarbeit durch Steuererleichterungen
- Sport an Hochschulen / Hochschulgesetze der Länder
- Ausbildung von Sportlehrern
- Probleme des Wassersports und des Tauchsports

Fachkommissionen:

- Schulsport

Vors.: Min.Rat Paul Kiefer

Anzahl der Sitzungen: 2

- Leistungssport

Vors.: Michael Sauer

Anzahl der Sitzungen: 3

2.6 Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vors.: Elmar Pieroth MdB

Anzahl der Sitzungen: 11

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Mitarbeit am Grundsatzprogramm
- Dokumentation zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Hamburger SPD-Parteitages
- Mitarbeit am Programm "Zukunftschancen der Jugend"
- Mitarbeit zu Fragen der Gastarbeiterpolitik
- Programm für Südeuropa (2. EG-Erweiterung)

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Die wirtschaftspolitische Bedeutung der 2. EG-Erweiterung (Südeuropapolitik)
- Vorbereitende Arbeiten für ein langfristiges wirtschaftliches Programm
- Wettbewerbspolitische Fragen im Zusammenhang mit der 4. Kartellgesetznovelle

Unterausschuß "Transferkommission"

Vors.: Dr. Georg Milbradt

2.7 Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vors.: Dr. Dieter Schulte MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Verabschiedung des Papiers "Forderungen der CDU zum Fernstraßenbau"
- Verabschiedung des Papiers "Aktion eigene Wohnung" als Daueraufgabe der Förderung von Wohnungseigentum
- Verabschiedung der "Thesen zur Neuorientierung der Wohnungsbaupolitik"
- Verabschiedung der strukturpolitischen Thesen
- Fortschreibung und Aktualisierung des Bundesbahnpapiers

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Lockerung des Bauens im Außenbereich (Änderung des § 35 des Bundesbaugesetz)

2.8 Bundesfachausschuß "Energie und Umwelt"

Vors.: Dr. Heinz Riesenhuber MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Energiepolitisches Programm

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Vorbereitende Arbeiten für ein umweltpolitisches Programm

2.9 Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vors.: Dr. Burkhard Ritz MdB

Anzahl der Sitzungen: 2

Anzahl der ad-hoc Sitzungen: 5

Folgenden Themen wurden behandelt:

- Erweiterung der EG durch Griechenland, Portugal und Spanien
- Stellungnahme zur Besteuerung der Landwirtschaft

- Vorbereitung Delegiertenkongreß der Landesagrarausschüsse vom 23. - 25. November 1978 in Malente

Ad-hoc-Kommissionen:

EG-Erweiterung

Vors.: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln

Anzahl der Sitzungen: 1

Steuern

Vors.: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln

Anzahl der Sitzungen: 4

2.10 Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vors.: Adolf Müller-Remscheid MdB

Anzahl der Sitzungen: 10

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme zum 21. Rentenanpassungsgesetz
- Freiheitliche Wirtschaft und Sozialordnung - Stellungnahme zum Grundsatzprogrammentwurf
- Entfaltung in Familie und Gesellschaft - Stellungnahme zum Abschnitt Familie im Grundsatzprogrammentwurf
- Empfehlung zur Weiterentwicklung der Familienförderung
- Stellungnahmen zu den sozialpolitisch bedeutsamen Teilen des Konjunkturprogrammes der Bundesregierung

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Ausländerpolitik
- 20. Rentenanpassungsgesetz
- 21. Rentenanpassungsgesetz
- Sanierung der Rentenversicherung

- Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz
- Probleme der Einheitsversicherung
- Sozialhilfe
- Probleme zukünftiger Sozialpolitik

Unterausschüsse

- Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen zukünftiger Sozialpolitik
Vors.: Werner Steinjan
Anzahl der Sitzungen: 3
- Familienpolitik
Vors.: Roswitha Verhülsdonk MdB
Anzahl der Sitzungen: 4
- Rentenversicherungsreform
Vors.: Paul Seiler
Anzahl der Sitzungen: 3

Ad-hoc-Arbeitsgruppen

- Grundsatzprogramm
Vors.: Albrecht Hasinger MdB
- Sozialhilfe
Vors.: Sts. Kurt Härzschel

2.11 Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vors.: Sts. Prof. Dr. Fritz Beske
Anzahl der Sitzungen: 5

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

- Gesundheitspolitisches Programm der CDU

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Hearing zum Krankenpflege- und Hebammengesetz
- Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz

2.12 Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vors.: Dr. Werner Marx MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme zum Teil V des Grundsatzprogrammentwurfs

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- KSZE-Nachfolgetreffen in Belgrad
- Einschätzung der amerikanischen Außenpolitik unter der Carter-Administration
- Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft
- DDR-Auslandsarbeit
- Umsetzung der Ausschubarbeit in die Partei hinein
- Politik des Vatikans gegenüber der DDR und Osteuropa
- Innenpolitische Situation in China "nach dem Sturz der Kulturrevolutionären Linken" und außenpolitische Lage Chinas
- 1. Kongreß der EVP am 6./7. März 1978 in Brüssel
- Lage im südlichen Afrika
- Deutsche Kulturpolitik im Ausland
- Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU)
- Carter-Entscheidung zur Neutronenwaffe
- Fall Nico Hübner
- Lage in der sowjetischen Wirtschaft und die daraus resultierenden Folgen für die Wirtschaftspolitik der UdSSR gegenüber dem Westen.

Arbeitsgruppen

- Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik

Vors.: Dr. Hupka und Reddemann

- Nord-Süd-Problematik

Vors.: Dr. Marx

- Grundsatzprogramm
Vors.: Prof. Schwarz
- EG-Erweiterung
Vors.: Dr. Klepsch
- EVP-Programm

2.13 Bundesausschuß Entwicklungspolitik

Vors.: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgende Themen wurden behandelt:

- Nord-Süd-Strategie
- Revision bzw. Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Konzeption der CDU
- Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit
- Südliches Afrika
- Grundsatzprogramm - entwicklungspolitischer Teil
- Analyse der FDP-Thesen zur Entwicklungspolitik
- Entwicklungspolitischer Konzeptionsentwurf der CD-Weltunion
- Befreiungsbewegungen

Arbeitsgruppen

- Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit
Vors.: Dr. Hoffacker und Zimmer
- Südliches Afrika
- Entwicklungspolitische Konzeption
Vors.: Dr. Köhler
- Weltunion
Vors.: Dr. Schloz

2.14 Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vors.: Dr. Manfred Wörner MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Stellungnahme zum Grundsatzprogrammentwurf

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Neutronenwaffe
- Gültigkeit der flexible response
- Vorne-Verteidigung
- Ausbau der Territorialverteidigung
- Gesamtkonzept der Verteidigung mit Schwerpunkt zivilmilitärische Zusammenarbeit
- Personalstruktur unter Berücksichtigung des Personalstaus
- Wehrstruktur (Heeresmodell)
- Wehrdienstnovelle
- Lage der Bundeswehr-Hochschulen
- Zivildienst im Rahmen der Gesamtverteidigung
- Spionagefall Lutze/Wiegel
- Bundeswehr in den Schulbüchern
- Wehrdienstverweigerung, Anerkennungsverfahren, Wehrrersatz
- Verteidigungspolitische Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der CDU

Eine gemeinsame Sitzung mit dem Landesfachausschuß Verteidigungspolitik der rheinlandpfälzischen CDU in Mainz.

Ein Symposium zu Fragen der Wehrstruktur.

Arbeitsgruppen

- Territorialverteidigung und Reservisten

Vors.: General Jacoby

- Gesamtverteidigung

Vors.: Dr. Kolb

- Personalstruktur
Vors.: Seuberlich
- Wehrstruktur
Vors.: Ernesti
- Bundeswehr in der Schule
Vors.: Prof. Sattler, Prof. Schwarz

3. Bürgernahe Politik

3.1 Demoskopie

Um die Probleme, Empfindungen und Reaktionen der sog. "Schweigenden Mehrheit" der Bevölkerung zu erkennen und in den Arbeiten der Partei berücksichtigen zu können, hat die Bundesgeschäftsstelle eine Vielzahl von Meinungsumfragen ausgewertet. Die Themen dieser fast 60 analysierten Umfragen umfaßten allgemeinpolitische, innenpolitische, gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Fragen. Aber auch Umfragen zum Thema Europa wurden ausgewertet.

Im einzelnen sind beispielhaft zu nennen die Umfragen zum Bereich

- Terrorismus (Oktober 1977)
- Meinungsbörse beim Kongreß "Zukunftschancen der Jugend" in Hamburg (Nov. 1977)
- Europa (November 1977)
- Entwicklungshilfe (Dezember 1977)
- Ehe und Familie (Dezember 1977)
- Umweltschutz und Umweltpolitik (Dezember 1977)
- Koop-Volksbegehren (Januar 1978)
- Bevölkerungsentwicklung aus demoskopischer Sicht (Januar 1978)
- Jugend in Deutschland (Februar 1978)
- Koop-Volksbegehren (Februar 1978)
- Der Mensch in einer bürokratisierten Umwelt (März 1978)
- Bevölkerung lehnt Rentenpläne der Bundesregierung ab (April 1978)
- Die Europa-Wahl im Spiegel der Demoskopie (Mai 1978)

- Soziale Marktwirtschaft in der Meinung der Bundesbürger (Mai 1978)
- Pannen beim Entführungsfall Schleyer (Juni 1978)
- Leistung und Steuern (Juni 1978)
- Arbeitslosigkeit aus der Sicht der Bundesbürger (Juni 1978)

In verschiedenen Ausarbeitungen sind außerdem die Erkenntnisse aus den Umfrageanalysen eingeflossen. So konnte beispielsweise nach Auswertung mehrerer Umfragen die Studie "Kompetenzdurchbruch der CDU auf sozialem Gebiet - Bevölkerung honoriert Sacharbeit der Union" erstellt werden.

Das Ergebnis, daß die CDU 1977 erstmals die SPD auf sozialpolitischen Gebieten als leistungsfähigste Partei ablöste, fand in der Öffentlichkeit breite Beachtung.

3.2 Arbeiten im Verbände-Bereich

Laufende Beobachtung und Analyse wichtiger Vorgänge, Tagungen und Kongresse im Verbände-Bereich gehört zur Aufgabe der Hauptabteilung Politik. Über derartige Ereignisse wurde in der Regel wöchentlich berichtet und dafür Sorge getragen, daß wichtige Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im Verbandsbereich bei der täglichen politischen Arbeit berücksichtigt werden konnten. Über besonders wichtige Ereignisse wurden ausführliche Informationen für die Führungsgremien der Partei erstellt.

Das Präsidium führte eine Reihe von Gesprächen mit verschiedenen Organisationen, um den Meinungsaustausch zwischen diesen und der Partei zu intensivieren. Diese Gespräche sind im einzelnen beim Bericht über das Präsidium aufgeführt. Sie wurden von der Hauptabteilung Politik inhaltlich vorbereitet und ausgewertet.

Die Abteilungsleiter und Fachreferenten diskutierten unter der Leitung des Hauptabteilungsleiters mit Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Organisationen und Verbände aktuelle politische Fragen. 1978 gibt es solche Kontakte mit folgenden Organisationen:

- Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln

- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bonn
- Deutsche Angestellten Gewerkschaft, Hamburg
- Deutscher Beamtenbund, Bonn
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf
- Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn
- Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
- Wirtschaftsrat der CDU, Bonn
- Zentralverband des Deutschen Handwerks, Bonn

Diese und andere Besuche bei weiteren wichtigen gesellschaftlichen Einrichtungen dienen der gegenseitigen Information über wichtige politische Fragen und einer verbesserten Kommunikation auf Expertenebene.

Eine verbesserte Information über die Ziele und die Struktur des Verbandsbereiches dient der politischen Alltagsarbeit der Hauptabteilung Politik und dem Dialog im vorpolitischen Raum.

3.3 Arbeiten im Bereich der Gewerkschaften

Ein besonderes Anliegen ist die Koordinierung der Tätigkeiten im Gewerkschaftsbereich in Zusammenarbeit mit der Hauptgeschäftsstelle der Sozialausschüsse der CDA in Königswinter. In ausführlichen Berichten und Analysen für die Führungsgremien der Partei wurde über die Gewerkschaftstage des Jahres 1977 und den DGB-Bundeskongreß 1978 berichtet. Im Berichtszeitraum war die CDU durch Politiker und Fachreferenten auf wichtigen Gewerkschaftstagen und Gewerkschaftskongressen stärker vertreten als in vergangenen Jahren. Die "CDU-Parteiabende" bei derartigen Veranstaltungen wurden besser besucht als in den vorhergehenden Jahren. Die "CDU-Parteiabende" sind inzwischen fester Programmpunkt der meisten Gewerkschaftstage und Gewerkschaftskongresse.

Die diesjährigen Betriebsratswahlen wurden von seiten der Hauptabteilung Politik mit einer Neuauflage der "Stichworte zur Gesellschaftspolitik" unterstützt. Diese Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit der Hauptgeschäftsstelle der CDA-Sozialausschüsse auf die besonderen Bedürfnisse

der betrieblichen Arbeit abgestellt und in hoher Auflage verteilt.

Auf Einladung des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs wurden mehrere Spitzengespräche mit wichtigen Repräsentanten der Gewerkschaften geführt.

3.4 Arbeiten im Bereich Kunst und Kultur

Neben den von dem Parteivorsitzenden in Abständen geführten Gesprächen mit hervorragenden Repräsentanten aus dem Bereich Kunst und Kultur wurde am 10. April 1978 im Schloßpark-Hotel in Bonn ein Gespräch zum Thema "Kultur und Politik" veranstaltet. An diesem Gespräch, das auf Einladung des Parteivorsitzenden zustande gekommen war, nahmen 35 bekannte Künstler und Intellektuelle teil. Große Tages- und Wochenzeitungen berichteten zum Teil sehr ausführlich über diese mehrstündige Unterhaltung. Weitere Gespräche sollen folgen.

Der Generalsekretär setzte sich besonders dafür ein, daß verstärkt Gespräche mit denjenigen Organisationen und Verbänden zustandekommen, die sich in besonderer Weise um die Interessen und Probleme der im Bereich der Kunst und Kultur Tätigen befassen. Mit einer großen Gruppe von Künstlern und Intellektuellen wurden Gespräche und der Gedankenaustausch mit Politikern der CDU intensiviert. Ebenso wurde die Verbindung zu denjenigen CDU-Politikern, die sich auf kommunal- und landespolitischer Ebene mit Fragen der Kunst und Kultur befassen, verstärkt.

Die Hauptabteilung Politik leistete für diese beiden Zielgruppen organisatorische und inhaltliche Vorarbeiten, z. B. durch die Erarbeitung eines Verzeichnisses sämtlicher Verbände aus den Bereichen der bildenden und darstellenden Kunst, Literatur und Musik.

Der Generalsekretär und der Vorsitzende des Gesprächskreises Kunst- und Kulturpolitik der CDU/CSU-Fraktion informierten alle Gesprächspartner in diesem Bereich persönlich über die Ziele der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands auf diesem Gebiet: Um allen Politikern der

CDU den Zugang zu wichtigen kulturellen Ereignissen zu erleichtern wurde erstmals ein "Kunstkalendarium 1978" erarbeitet, das über Veranstaltungen in den Bereichen der Musik, Oper, Theater und Ausstellungen berichtet.

In einer ausführlichen Dokumentation wurden die besonderen Anstrengungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 6.-8. Legislaturperiode zur Unterstützung der künstlerischen Berufe erfaßt. Berücksichtigt wurden die Bemühungen der CDU/CSU-regierten Bundesländer im Bundesrat.

Seit dem Frühjahr des Jahres 1978 werden in der Bundesgeschäftsstelle Ausstellungen mit Werken bekannter und insbesondere junger Künstler gezeigt. Die Vernissagen vom 15. März 1978, 29. Mai 1978 und 12. September 1978 wurden von Politikern, ihren Mitarbeitern, von Verbandsvertretern, Galeristen und Vertretern der lokalen Kunstvereine besucht. Weitere Ausstellungen sollen folgen.

3.5 Parteienbeobachtung

Arbeitsschwerpunkt des Referats Parteienbeobachtung ist die kontinuierliche Analyse der parteipolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Hierzu gehört die laufende wöchentliche Berichterstattung über wichtige Ereignisse, Vorkommnisse, Parteiveranstaltungen und die allgemeine politische Terminlage. Anhand wichtiger Reden, bedeutender Repräsentanten der Parteien und sonstiger politischer Organisationen, von EntschlieBungen, Programmen und programmatischen Äußerungen werden die politischen Strategien, Absichten und Zielsetzungen zur Beratung der Führungsgremien der Partei analysiert und für die tägliche politische Informationsarbeit der Bundesgeschäftsstelle gegenüber den Landes- und Kreisverbänden genutzt. Über besonders wichtige Vorgänge wird in den Informationsmedien der Bundesgeschäftsstelle berichtet.

3.6 Vermittlung der Politik

In der Hauptabteilung Politik werden für die Medien der Partei "Deutsches Monatsblatt", "Union in Deutschland", "Deutschland-Union-Dienst"

Artikel geschrieben, die zu aktuellen Ereignissen Stellung nehmen und die dazu angenommene Haltung der Partei erläutern. Auch die ca. 10.000 Briefe von Parteimitgliedern und sonstigen Bürgern wurden beantwortet. Dabei ging es um vielfältige Anfragen, Anregungen, Stellungnahmen und Wünsche, die alle individuell bearbeitet werden mußten.

Weiterhin hat die Hauptabteilung zur Information der Mitglieder und Wähler folgende Materialien erarbeitet:

64 Dokumentationen und Extra-Dokumentationen in "Union in Deutschland" (UiD); damit sollen den Beziehern des UiD zu einem aktuellen politischen Thema vertiefende Informationen gegeben werden. Einige Dokumentationen enthalten auch den Wortlaut wichtiger Beschlüsse der Partei und wichtige Reden führender Repräsentanten der Partei.

13 "Zum Thema"-Broschüren; in diesen Broschüren werden Themen behandelt, die über einen längeren Zeitraum von besonderem politischen Interesse sind. Sie dienen der Information von Mitgliedern, sind darüberhinaus aber auch zur Unterrichtung der Bürger über die Politik der CDU bestimmt.

13 Argumentationskarten; mit diesen "Argu-Karten" können sich Parteimitglieder kurzfristig mit Fakten, Zahlen und Argumenten zu einem politischen Thema vertraut machen, um diese in politischen Diskussionen zu verwenden.

20 CDU-Telegramme und Flugblätter; während Flugblätter zentral von der Bundesgeschäftsstelle gedruckt und angeboten werden, sind CDU-Telegramme graphisch gestaltete Flugblatttexte, die den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt werden. Diese können die CDU-Telegramme vielfältigen und zum Beispiel an Wochenenden beim Straßencanvassing verteilen lassen.

Neben der schriftlichen spielt auch die mündliche Information eine wichtige Rolle. Die Mitarbeiter der Hauptabteilung diskutierten mit in- und ausländischen Besuchergruppen, die das Konrad-Adenauer-Haus besuchten. Dabei handelt es sich sowohl um Gruppen aus der Partei, als auch um solche der verschiedensten Organisationen, die bei einem Bonn-Besuch ein

Informationsgespräch in der Bundesgeschäftsstelle führen wollen. Auch eine große Zahl einzelner Personen kommt ins Konrad-Adenauer-Haus, um sich über einzelne politische Fragen informieren zu lassen. Viele Telefongespräche erreichen die Hauptabteilung, bei denen Mitbürger ihre politische Meinung darlegen bzw. die Meinung der Partei erfragen.

4. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

Es ist bereits seit Jahren selbstverständlich, daß die Hauptabteilung Politik bei Landtagswahlkämpfen entsprechend der Wünsche der jeweiligen Landesverbände Unterstützung bei bundespolitischen Themen gibt. Zu diesen Arbeiten gehören:

- Abstimmung bundesübergreifender Themen in den Programmentwürfen der Landesparteien
- Erarbeitung zusätzlicher "Zum Thema"-Broschüren zu den Themen, die im Landtagswahlkampf eine besondere Rolle spielen
- Unter dem gleichen Gesichtspunkt Erarbeitung zusätzlicher Argumentationskarten
- Erarbeitung bundespolitischer Teile zu den Argumentationskarten der Landesverbände.

Eine neue zusätzliche Wahlkampfunterstützung gibt die Hauptabteilung Politik mit wahlstatistischen Analysen.

Die Hauptabteilung hat ein Projekt konzipiert, das die Landtagswahlen in der Zeit von 1978 bis 1980 statistisch-analytisch vorbereitet, begleitet und auswertet.

Die Arbeiten dieses Projekts "Wahlstatistik" dienen dabei auch dem Test des notwendigen analytischen Instrumentariums und werden 1980 friktionslos in die Vorbereitung für die Bundestagswahl übergehen.

Es werden die Wahl- und Sozialstrukturdaten, nicht zuletzt aber auch Individualdaten aus Repräsentativ-Umfragen und aus der CDU-Mitgliederkartei aufbereitet und unter Verwendung modernster Computerverfahren analysiert und

dargestellt. Bei der Darstellung des Materials werden mehrere Aggregations-ebenen, die auch bis in die Ortsverbände reichen, berücksichtigt.

Ein Teil der in diesem Projekt anfallenden Arbeiten sind bereits durchgeführt. So wurde, um die basisnahe Arbeit in den Ortsverbänden mit praxisgerechtem Material zu unterstützen, ein sog. "Datenblatt" entwickelt, das in Matrix-Darstellung alle wichtigen Daten eines Ortsverbandes bzw. einer Gemeinde zusammenfaßt. Dieses Datenblatt bietet auf einen Blick Informationen über

- Wahlberechtigte
- Wahlergebnisse
- Sozialstruktur
- Stabilität bzw. Instabilität des Wählerpotentials der CDU
- Ausschöpfung des CDU-Potentials.

Nachfolgend ist aufgeführt, welche Arbeiten im Rahmen des Projekts "Wahlstatistik" für die einzelnen Landes- und Kreisverbände durchgeführt wurden.

Hamburg: Für die Bürgerschaftswahl in Hamburg wurde eine analytische Beschreibung der Stadtbezirke erstellt. Die Hauptabteilung Politik hat für jeden der 175 Ortsvereine Hamburgs den Prototyp eines Datenblattes erstellt, das die o.a. Informationen enthielt. Erweitert wurde dieses Datenblatt dadurch, daß erstmals Wahlbezirke mit in die Analyse einbezogen wurden. Außerdem wurde durch eine ausführliche Analyse der Wahlergebnisse vom 4. Juni 1978 und der Mitgliederstrukturen das Fundament für eine erfolgreiche Arbeit im Bundestagswahlkampf gelegt.

Niedersachsen: Auch für den Landtagswahlkampf in Niedersachsen hat die Hauptabteilung Politik - sozusagen als Modellversuch - für einige relevante Gemeinden und Wahlkreise Datenblätter erstellt. Eine ausführliche Analyse der Wahlergebnisse und der Mitgliedschaft schloß sich an.

Schleswig-Holstein: Es wurden erstmals Datenblätter für alle ca. 1.200 Gemeinden Schleswig-Holsteins per Computer erstellt und dem Landesverband zur Verfügung gestellt. Die Analyse der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein und

die Aufbereitung der Strukturdefizite in der Mitgliedschaft der CDU vervollständigen den Leistungskatalog.

Nordrhein-Westfalen: Das Volksbegehren gegen die Einführung der kooperativen Schule wurde durch die Aufbereitung von Daten unterstützt. Darüberhinaus wurden die Zahlen über die Eintragungen ausgewertet.

Noch in diesem Jahr werden für die Landesverbände Berlin und Rheinland-Pfalz die Projektarbeiten abgeschlossen.

Berlin: Für den Landesverband Berlin wurde bereits eine Analyse des politischen Klimas durchgeführt. In Vorbereitung ist die Beschreibung nach Wahlergebnissen und Sozialdaten der geänderten Wahlkreise in ihrer Einteilung für die Wahl im Jahre 1979.

Rheinland-Pfalz: Auch für diesen Landesverband konnten schon vorab Daten für die Wahlkreise zur Verfügung gestellt werden. Die Erstellung der Datenblätter auf Gemeindeebene wird noch im Herbst 1978 erfolgen.

Abteilung Information/Dokumentation

Die Abteilung Information/Dokumentation hat die Aufgabe, die für die Arbeit der Partei wichtigen Informationen zu sammeln, auszuwerten und in Informationsdiensten weiterzugeben.

Ein Schwerpunkt der Aufgaben im Frühjahr und Herbst 1978 war die enge Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Hamburg, Hessen und der CDU in Niedersachsen bei der Herausgabe der Wahlkampf-Informationsdienste (WKI) für die Landtagswahlkämpfe:

- Für die CDU-Niedersachsen wurden acht Wochen lang dreimal wöchentlich aktuelle Meldungen und Kurz-Dokumentationen nach Hannover geliefert und in den dort hergestellten Wahlkampfdienst eingearbeitet.
- Die insgesamt 21 Ausgaben der WKI "Hamburg '78" wurden mit aktuellem Material aus Hamburg in Bonn hergestellt. Der Druck erfolgte bei der Union Betriebs GmbH.
- Die Wahlkampf-Informationen für den hessischen Wahlkampf erschienen 16mal. Zusammenstellung des aktuellen Materials aus Hessen und Druck erfolgten ebenfalls in Bonn.

Für die Herstellung der Wahlkampfdienste wie nicht zuletzt für den Austausch aktueller Informationen wurde erstmalig in Landtagswahlkämpfen der Tele(fon)-Kopierer eingesetzt. Dieses neue technische Hilfsmittel hat sich als außerordentlich nützlich erwiesen, d.h. die Aktualität konnte weiter gesteigert und das Verfahren gegenüber dem Fernschreibsystem beträchtlich vereinfacht werden (Übertragungsdauer 1 Blatt DIN A 4 Bonn-Hamburg weniger als 1 Minute).

Gruppe Aktuelle Informationen

Neben den Standard-Diensten (fünf verschiedene Presseschauen und "Interne Informationen" mit 11 Ausgaben pro Woche) haben in zunehmendem Maße die Sonder-Presseschauen zu Einzelthemen an Bedeutung gewonnen; sie haben z.B. die starke Wirkung widerspiegelt, die die CDU-Fachkongresse in der Öffentlichkeit ge-

habt haben, ebenso die Resonanz auf die großen Bundestagsdebatten.

Schließlich sind jeweils am Montag nach den Wahltagen umfangreiche Sonderdienste für Bundesvorstand und Bundestagsfraktion erstellt worden.

Gruppe Dokumentation - Archiv

In der Gruppe Dokumentation werden im Tagesdurchschnitt etwa 600 neue Dokumente in das Archiv aufgenommen. Für Auskünfte und Materialzusammenstellungen ergeben sich folgende Zahlen:

- | | |
|------------------------------|----------------------------|
| - Telefonauskünfte | täglich zwischen 50 und 60 |
| - Materialzusammenstellungen | monatlich mehr als 500 |
| - Kopien von Archivmaterial | monatlich rund 25.000 |

Anfragen und Materialanforderungen werden gestellt von

- allen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle
- Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion, Landes- und Kreisverbänden
- Presse, Rundfunk und Fernsehen
- Verbänden
- Instituten
- Einzelpersonen

Union in Deutschland (Stand Juni 1978/11/77 bis 25/78)

Auflage:	25.000
CDU-Dokumentationen:	59
CDU-Extra:	27
Öffentlichkeitsarbeit:	18
Organisation:	1
Sonderausgaben "Kleiner Parteitag" (Bundesausschuß):	2

Für die Wahlkämpfe haben die Landesverbände jeweils zusätzliche UiD-Exemplare für die Bezieher der WKI bezogen.

Hauptabteilung III

verantwortlich: Peter Radunski

Öffentlichkeitsarbeit

verantwortlich: Axel König

Medienpolitik

verantwortlich: Wolfgang Fischer

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum zwischen den großen Wahlkämpfen: Bundestagswahl 1976 und Europawahl 1979 bzw. Bundestagswahl 1980 haben wir uns auf die Unterstützung der Landtagswahlkämpfe und die schlagkräftigere Gestaltung unserer Öffentlichkeitsarbeit konzentriert.

1. Bei den Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen unterstützten wir die wahlkampfführenden Landesverbände mit flankierenden Maßnahmen der Bundespartei. Dabei standen für die Bundespartei folgende Gesichtspunkte im Vordergrund:
 - a) die Selbstdarstellung der CDU
 - b) der Angriff auf die Regierung Schmidt
 - c) die Darstellung der politischen Alternativen der Union gegenüber der SPD/FDP-Regierung

2. Die Öffentlichkeitsarbeit in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbänden wurde verbessert. Insbesondere sollte die Einsatzfreude unserer Mitgliedschaft für das direkte persönliche Gespräch mit den Bürgern gesteigert werden. Neue Regiebücher und eine Tonbildschau geben den Verbänden Anregungen, die sich bereits in vielen Aktionen niederschlugen, die die direkte persönliche Kommunikation mit den Bürgern zum Ziel hatten. Als besonders erfolgreiches Beispiel seien hier nur die inzwischen mehr als 4.000 "Wochen der CDU" genannt, bei denen sich die örtlichen CDU-Verbände als Volkspartei vorgestellt haben. Andere Beispiele sind die Aktion "Kritisches Fernsehen" und die Mitgliederwerbeaktionen nach dem "Kontakter-Modell". Zur Unterstützung dieser modernen Parteiarbeit hat die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von hierfür besonders geeigneten Werbemitteln bereitgestellt, wie z.B. den Film "CDU - Die große deutsche

Volkspartei", die Illustrierte "Die große deutsche Volkspartei" und einen neuen Mitgliederwerbeprospekt. Ziel dieser Maßnahmen ist es, über die Landtags- und Europawahlen die Grundlage für einen wirksamen Bundestagswahlkampf 1980 zu schaffen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der letzten Monate gehörte die Vorbereitung der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Die organisatorischen und konzeptionellen Vorbereitungen der Bundesgeschäftsstelle sind abgeschlossen. Mit dem Bundesparteitag im Oktober beginnt die CDU die erste Phase des Europawahlkampfes.

1. Parteiarbeit

1.1. Arbeitsgruppe für Wahlkampffragen

Die Hauptaufgabe der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit lag zu Beginn des Berichtszeitraumes darin, die Erfahrungen des Bundestagswahlkampfes 1976 auszuwerten und für die Parteiarbeit zu nutzen. Zu diesem Zweck hatte die Landesgeschäftsführerkonferenz eine "Arbeitsgruppe für Wahlkampffragen" eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat nach mehreren Sitzungen ihren Auftrag erfüllt. Die Ergebnisse ihrer Beratungen haben der Landesgeschäftsführerkonferenz vorgelegen und werden seither bei der praktischen Parteiarbeit berücksichtigt.

1.2. Versandzentrum

Mit dem Versandzentrum ist der Leistungsvertrag bis zum 30.6.1981 verlängert worden. Es wird angestrebt, bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes 1980 die Kreisgeschäftsführer aller Landesverbände zu Kreisgeschäftsführerkonferenzen in Gütersloh zu versammeln, damit die Kreisgeschäftsführer das Versandzentrum im täglichen Betrieb kennenlernen. Bisher haben die Landesverbände Baden-Württemberg und Westfalen-Lippe das Versandzentrum besucht.

1.3. Zusammenarbeit mit Vereinigungen

Die bewährte Zusammenarbeit mit den Vereinigungen der Partei und ihr nahestehenden Organisationen wie RCDS und Schüler-Union wurde im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt. Die Vereinigungen wurden bei der Produktion und Gestaltung ihrer Werbedrucksachen unterstützt.

1.4. Tonbildschau "CDU - Öffentlichkeitsarbeit"

Den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbänden steht jetzt eine Dia-Schau zur Verfügung, die es den Verbänden ermöglicht, in einprägsamer Form aktive Mitglieder mit der praktischen Öffentlichkeitsarbeit der Partei vertraut zu machen.

1.5. Neue Regiebücher

Zu der erfolgreichen Regiebuchserie kamen drei neue Regiebücher hinzu.

Regiebuch 10 "CDU-Zeitung"

Regiebuch 11 "Kritisches Fernsehen"

Regiebuch 12 "CDU-Ideenbuch"

Damit stehen der Partei nun insgesamt 12 Handbücher mit vielen Anregungen und Tips für die praktische Arbeit zur Verfügung.

1.6. Öffentlichkeitsarbeit im Deutschen Monatsblatt und UiD

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit stellt im UiD die jeweiligen Aktionen vor und gibt den Verbänden Anregungen für werbewirksame Parteiarbeit.

Durch die Beschreibung beispielhafter Initiativen einzelner Verbände unter der Rubrik "Ideen-Taten-Aktionen" hat sich ein reger Erfahrungsaustausch entwickelt. Außerdem werden im UiD regelmäßig die neu erschienenen Informations- und Werbemittel vorgestellt und von Zeit zu Zeit das Gesamtangebot der CDU-Materialien abgedruckt.

Auch das "Deutsche Monatsblatt" wurde genutzt, die Aktionen allen Mitgliedern vorzustellen.

1.7. Mitgliederwerbung

Mit folgenden Maßnahmen wurden die CDU-Verbände bei ihrer Mitgliederwerbung unterstützt:

- Individuelle Beratung der Verbände in der Planung und Durchführung von Mitgliederwerbeaktionen
- Aktion "Mitgliederwerbung leicht gemacht" mit Aufruf des Generalsekretärs im Deutschen Monatsblatt
- Wandzeitung "An alle die für die CDU sind"
- Mitgliederwerbeprospekt und Aktionsvorschläge im UiD
- Bereitstellen von Informationsmaterial für Mitgliederwerbeaktionen

1.8. Informationsstände der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit auf Parteitagen und Kongressen

Im Berichtszeitraum hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit die Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf zahlreichen Landesparteitagen und Kongressen vorgestellt.

1.9. Messeunterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle

Den Kreisverbänden, die sich mit Informationsständen an Messen und Ausstellungen von überregionaler Bedeutung beteiligen, wurde auf Anforderung ein kostenloses Materialpaket zur Verfügung gestellt.

Insgesamt 56 Kreisverbände wurden auf diese Weise bei ihren Messeständen von der Bundesgeschäftsstelle mit Materialpaketen im Berichtszeitraum unterstützt.

2. Selbstdarstellung der CDU/Motivierung und Mobilisierung der Mitglieder

2.1. Illustrierte "CDU - Die große deutsche Volkspartei"

Seit Ende November steht den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbänden die Illustrierte "CDU - Die große deutsche Volkspartei" zur Verfügung. Sie stellt die CDU, ihr Programm, ihren Willensbildungsprozeß und ihre führenden Politiker vor und informiert über die Mitgliedschaft in der CDU.

2.2. Parteifilm "CDU - Die große deutsche Volkspartei"

In dem ca. 30 Minuten dauernden Film wird die CDU mit ihrer Politik und ihrer Geschichte vorgestellt.

3. Aktionen

3.1. Aktion "Deutschland und die Menschenrechte"

Bei dieser Aktion ging es insbesondere darum, der Bevölkerung die auf dem 25. Bundesparteitag der CDU behandelten Themen näherzubringen.

Für die Aktion sind folgende Informationsmaterialien und Werbemittel angeboten worden:

- Reden auf dem 25. Bundesparteitag:

Helmut Kohl: "Neue Offensive für die deutsche Politik"

Heiner Geißler: "Die Herausforderungen an die CDU"

Kurt H. Biedenkopf: "Die CDU - ihre Arbeit, ihre Erfolge, ihre Aufgaben"

- Broschüre:

"Unsere Verantwortung für Deutschland"

Eine Dokumentation des Deutschlandtages auf dem 25. Bundesparteitag

- Illustrierte:

"Unsere Verantwortung für Deutschland"

(Auflage: 500.000 - ausgeliefert 427.000 bis 1.12.1977)

- Poster-Serie:
"Bilder aus Deutschland - aus Ost und West"
- Autoaufkleber:
"Menschenrechte für alle Deutschen"

3.2. "Ferienaktion '77"

- a) Verteilung der Ferienkarte und des Aufklebers "Erkennungszeichen"

Im Rahmen der Ferienaktion '77 sind die Reisekarten und der Aufkleber "Erkennungszeichen" auf allen deutschen ADAC-Campingplätzen - ausgenommen Bayern und West-Berlin - verteilt worden.

- b) Aktionsvorschläge zur Ferienaktion im UiD

3.3. Aktion anlässlich des Grundsatzforums

Folgende Schriften sind von der Bundesgeschäftsstelle herausgegeben worden:

- Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU
- Zum-Thema-Broschüre "Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit"
Unterschiede im Grundwerteverständnis von CDU und SPD
- Wandzeitung "Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit"
- UiD-Dokumentation über das Grundsatzforum

Außerdem wurden folgende Reden zum Grundsatzprogramm angeboten:

- | | |
|-------------------------|---|
| Helmut Kohl: | "Perspektiven freiheitlicher Politik" |
| Heiner Geißler: | "Das Grundsatzprogramm - Instrument einer gestaltenden Politik" |
| Richard von Weizsäcker: | "Selbstverantwortung und Mitverantwortung" |

3.4. Aktion "Woche der CDU"

Im Januar 1977 bekamen die CDU-Verbände die Anregung, eine Veranstaltungsreihe unter der Bezeichnung "Woche der CDU - Eine Volkspartei stellt sich vor" als Selbstdarstellung der örtlichen CDU-Verbände durchzuführen.

Diese Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. Inzwischen haben mehr als 4.000 Wochen der CDU stattgefunden.

Eine Dokumentation "Woche der CDU" gibt Auskunft über die Vielfältigkeit der Aktionen.

Die "Woche der CDU" ist eine Bündelung zahlreicher Einzelaktionen, die ein CDU-Verband während einer Woche veranstaltet.

3.5. Aktion "Schaukasten '77"

Schaukasten und Schaufenster der CDU-Verbände erweisen sich als immer wirkungsvollere Werbeträger. Sie erreichen die breiteste Schicht der Bevölkerung: die Fußgänger.

In einer Sonderaktion, die bis zum 1.8.1977 dauerte und die im UiD unter "Schaukasten '77" veröffentlicht wurde, sind die CDU-Verbände aufgerufen worden, Schaukästen anzuschaffen.

Das zentrale Informationsmittel für den Schaukasten ist die Wandzeitung.

Seit April 1978 stellt die Bundespartei diese den Kreisverbänden in der erforderlichen Anzahl kostenlos jeden Monat zur Verfügung.

3.6. Aktion "Für sichere Renten. Gegen Wortbruch und Willkür"

Im Rahmen dieser Aktion sind den Parteiverbänden ein Flugblatt und eine Wandzeitung angeboten worden. Außerdem Reproduktionsvorlagen für Veranstaltungseinladungen.

Darüber hinaus hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Aktionsvorschläge im UiD unterbreitet.

3.7. Frühjahrsaktion 1978: "Die Deutschen haben eine bessere Regierung verdient"

Die Frühjahrsaktion galt als flankierende Maßnahme zu den Landtagswahlkämpfen in Hamburg und Hessen. Zentrales Werbemittel dieser Aktion war eine im Boulevardstil aufgemachte Aktionszeitung

"Extra aktuell". Darüber hinaus sind zwei neue Flugblätter, eine Wandzeitung sowie ein neu entwickeltes Poster angeboten worden.

Das Informationsmaterial ist den CDU-Verbänden in einem Werbemittelkatalog vorgestellt worden.

3.8. Aktion 17. Juni

Neben Aktionsvorschlägen im UiD wurde den Verbänden im UiD ein Plakat zum 17. Juni angeboten.

3.9. Sommeraktion 1978 " 30 Jahre DM"

Im Rahmen der Sommeraktion erfolgte vor Bahnhöfen in 12 Städten die kommerzielle Verteilung des Faltblattes "Tips für den Urlaub". Darüber hinaus haben die Parteiverbände Anregungen für kleinere PR-Maßnahmen erhalten, die ausschließlich der Sympathiewerbung für die CDU dienen sollten. Bei der Aktion ist der 30. Jahrestag der Währungsreform berücksichtigt worden.

4. Versandaktionen

Folgende Materialien wurden im Berichtszeitraum an entsprechende Zielgruppen versandt:

4.1. Rede von Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag zur inneren Sicherheit

(31.000 Exemplare)

4.2. Rede von Helmut Kohl anlässlich der Haushaltsdebatte vor dem Deutschen Bundestag

Diese Rede von Helmut Kohl ist auf Tonkassetten überspielt und an ca. 5.000 blinde Mitbürger in Deutschland verschickt worden.

4.3. Regiebuch 10 "CDU-Zeitung"

(an ca. 2.000 Schülerzeitungsredaktionen)

5. Politische Argumentation

Für die politische Argumentation stehen eine Reihe von Materialien zur Verfügung:

- Fachbroschüren aus der Serie "Zum Thema"
- Reden
- Argumentationskarten
- Programmbroschüren (z.B. Die Programme der CDU- Dokumentation, Berliner Programm, Programm der Europäischen Volkspartei)
- Flugblätter

Ein Teil des vorhandenen Informationsmaterials wurde auf den neuesten Stand gebracht. Zu allen wesentlichen Bereichen liegen damit Sachausagen der CDU vor.

Die Referate und Ergebnisse der CDU-Fachkongresse wurden in folgenden Taschenbüchern veröffentlicht, die über den Buchhandel zu beziehen sind:

- Taschenbuch: CDU-Grundsatzdiskussion - Beiträge aus Wissenschaft und Politik
Herausgegeben von Richard von Weizsäcker
Erschienen im Goldmann-Verlag, Auflage 27.900 Exemplare
- Taschenbuch: Der Weg in die Gewalt - Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen
Herausgegeben von Heiner Geißler
Erschienen im Olzog-Verlag, Auflage 33.100 Exemplare
- Taschenbuch: Sicherheit für unsere Freiheit - Zur verteidigungspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland
Herausgegeben von Heiner Geißler
Erschienen im Verlag Bonn aktuell, Auflage 5.000 Exemplare
- Taschenbuch: Verwaltete Bürger - Gesellschaft in Fesseln
Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
Herausgegeben von Heiner Geißler
Erschienen im Ullstein-Verlag, Auflage 6.000 Exemplare

- Taschenbuch: Recht sichert die Freiheit - Perspektiven der Rechtspolitik in der Bundesrepublik
Herausgegeben von Heiner Geißler
Erschienen im Eichholz-Verlag, Auflage 2.000 Exemplare

6. Kleinwerbemittel

Das Kleinwerbemittelangebot der Bundesgeschäftsstelle wurde im Berichtszeitraum durch folgende Werbemittel ergänzt:

- Notizblock mit CDU-Aufdruck
- Parkscheibe mit CDU-Aufdruck
- CDU-Tuch
- Eiskratzer mit CDU-Aufdruck
- CDU-Jacken

7. Unterstützung wahlkampf führender Landesverbände

7.1. Beratung der Landesverbände

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle war an der Vorbereitung der Wahlkämpfe in Hamburg, Niedersachsen und Hessen beteiligt. Das gleiche gilt für Berlin und Rheinland-Pfalz sowie für den Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein.

7.2. Unterstützende Maßnahmen

Nach Abstimmung mit den Landesverbänden in Hamburg, Hessen und Niedersachsen wurden die Reden der Spitzenkandidaten für die dortigen Landtagswahlkämpfe Alfred Dregger, Ernst Albrecht, Erik Blumenfeld und Jürgen Echternach von der CDU-Bundesgeschäftsstelle gestaltet und gedruckt.

Darüber hinaus hat die Bundesgeschäftsstelle weiteres Material insbesondere Poster und Argumentationskarten auf ihre Kosten abgegeben.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle war beratend an der Aktion der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe gegen die Einführung der Kooperativen Schule in Nordrhein-Westfalen beteiligt.

8. Europawahlen

Die organisatorische und konzeptionelle Vorbereitung des Europawahlkampfes ist abgeschlossen. Die ersten neuen Materialien für den Europawahlkampf werden auf dem Bundesparteitag im Oktober vorgestellt.

Wichtige Parteianlässe, wie die Bundesausschußsitzung der CDU im Juni 1977 und der Kongreß der EVP im März 1978 in Brüssel, wurden zum Anlaß genommen, gemeinsam mit europäischen christlichen Demokraten in der Öffentlichkeit unsere europapolitischen Aktivitäten darzustellen.

Gemeinsam mit der CDU-Frauenvereinigung wurde Ende 1977 eine Aktion "Frauen für Europa" mit einem Faltprospekt und einem Aufkleber gestartet.

Darüber hinaus hat die Bundespartei den Verbänden für ihre europapolitischen Aktivitäten eine Reihe von Materialien angeboten:

- Broschüre "Wir wollen Europa"
(auch in englischer und französischer Übersetzung erstellt)
- das "Politische Programm der Europäischen Volkspartei"
- Wandzeitung "Wir wollen Europa"
- Wandzeitung "Europa auf dem richtigen Kurs"
- Reproduktionsfähige Vorlagen des Signets der EVP mit Beispielen für die Verwendungsmöglichkeiten

In den Massenverteilungsmitteln, wie der Illustrierten "CDU - Die große deutsche Volkspartei" und der Aktionszeitung "Extra aktuell" sowie im Film "CDU - Die große deutsche Volkspartei" wurde das Thema Europa herausgestellt.

Materialien, die im Berichtszeitraum produziert oder nachproduziert wurden.

<u>A. Broschüren-Serie "Zum Thema</u>	<u>Auflage</u>
Familienpolitik	42.000
Mannheimer Erklärung	50.000
Politik für unsere jungen Mitbürger	32.000
Offensive für die Frau	53.000
CDU-Programm für ältere Menschen	47.000
Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - Unterschiede im Grundwerteverständnis der CDU und SPD	23.000
Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst	10.000
Thesen der CDU für die innere Sicherheit	11.000
Die verschleppte Gesetzgebung gegen den Terrorismus	11.000
Die Mißwirtschaft der SPD/FDP	11.000
Sportprogramm der CDU	17.000
Soziale Dienste	28.000
Innere Sicherheit	6.000
Freiheitliche Medienpolitik	15.000
Jugendpolitische Leitsätze der CDU	38.000
Leitsätze der CDU zur Gesundheitspolitik	26.000
Verteidigung als Teil der Deutschen Sicherheitspolitik	15.000
Kulturpolitisches Programm	30.000
Die Neue Soziale Frage	55.000
Entwicklungspolitische Konzeption der CDU	17.000
Der Weg in eine gesicherte Zukunft (Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend)	10.000
Energiepolitisches Programm der CDU	11.000
Die Alternativen der CDU	10.000
Renten	11.000
SPD auf Kriegsfuß mit der Sozialen Marktwirtschaft	7.500
Lohnnivellierung	5.000
CDU-Kommunalpolitik	30.000
Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft	11.000
Die Mißwirtschaft der SPD/FDP	11.000

<u>B. Reden</u>	<u>Auflage</u>
Prof. Biedenkopf "Kann die Entspannung zur Sicherheit beitragen"	20.000
Helmut Kohl "Neue Offensive für die deutsche Politik"	23.000
Prof. Biedenkopf "Die CDU - ihre Arbeit, ihre Erfolge, ihre Aufgaben"	20.000
Heiner Geißler "Neue Herausforderungen an die CDU"	31.000
Gedenkfeier zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms	3.500
Heiner Geißler "Das Grundsatzprogramm - Instrument einer gestaltenden Politik" (Materialien zur Grundsatzdiskussion)	20.000
Richard von Weizsäcker "Selbstverantwortung und Mitverantwortung" (Materialien zur Grundsatzdiskussion)	17.000
Helmut Kohl "Perspektiven freiheitlicher Politik" (Materialien zur Grundsatzdiskussion)	20.000
Alfred Dregger "Politik für Deutschland"	15.000
Ernst Albrecht "Die Zukunft unseres Landes sichern"	15.000
Heinrich Köppler "Es geht um unsere Zukunft"	10.000
Erik Blumenfeld "Hamburgs Zukunft sichern"	15.000
Helmut Kohl "Freiheit, Einheit, Menschenrechte"	20.000
Helmut Kohl "Positionen heute"	25.000
Jürgen Echternach "Wieder in Sicherheit leben"	15.000
 <u>C. Broschüren zur Parteiarbeit</u>	
Regiebuch 3 - Mitgliederinitiativen	10.000
Regiebuch 5 - Kommunalwahlkampf	15.000
Regiebuch 10 - CDU-Zeitung	21.000

	<u>Auflage</u>
Regiebuch 11 - Kritisches Fernsehen	21.000
Regiebuch 12 - CDU-Ideenbuch	10.000
CDU-Statut	20.000
Wir wollen Europa (Materialien zur europäischen Direktwahl)	50.000
Wir wollen Europa (englische und französische Auflagen 2 x 3.000)	6.000
Unsere Verantwortung für Deutschland (Dokumentation des Deutschlandtages auf dem 25. Bundes- parteitag in Düsseldorf)	10.000
Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU	42.000
Die Programme der CDU (Dokumentation)	6.000
Politisches Programm der EVP	50.000

D. Wandzeitungen

Ludwig Erhard - Zum 80. Geburtstag	10.000
Unsere Verantwortung für Deutschland	10.000
Wir sagen "Ja" zu unserem deutschen Vaterland	10.000
Die Schmidt-Regierung: Ein Trauerspiel	20.000
So kann es nicht weitergehen (Gewalt, Terror, Mord)	10.000
An alle, die für die CDU sind	13.000
So schaffen wir die Arbeitslosigkeit ab	10.000
Wir wollen Europa	13.000
Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - CDU-Grundsatzforum Berlin	10.000
Energiepolitik	10.000
Jetzt gilt es, für unseren Staat Partei zu ergreifen	10.000
Auf die Frauen kommt es an	10.000
Politik für den Bürger	10.000
Sicherheit für unsere Freiheit	10.000
Für sichere Renten	10.000
Union im Aufwind	8.800
Europa auf dem richtigen Kurs	8.800

	<u>Auflage</u>
30 Jahre Deutsche Mark (Made in Germany)	8.800
Sommer, Sonne, Ferien - Spaß für alle?	8.800
Die Liebe zu unserem Land verlangt das Bekenntnis zur Freiheit	8.800

E. Redner-Ankündigungsplakate

Helmut Kohl, DIN A 0	41.000
Helmut Kohl, DIN A 1	77.000
Hans Katzer, DIN A 0	15.000
Hans Katzer, DIN A 1	20.000
Karl Carstens, DIN A 0	15.000
Karl Carstens, DIN A 1	20.000
Alfred Dregger, DIN A 0	14.000
Alfred Dregger, DIN A 1	22.000
Kurt H. Biedenkopf, DIN A 0	29.000
Kurt H. Biedenkopf, DIN A 1	39.000
Helga Wex, DIN A 0	10.000
Helga Wex, DIN A 1	20.000
Gerhard Stoltenberg, DIN A 0	12.000
Gerhard Stoltenberg, DIN A 1	24.000
Kurt Georg Kiesinger, DIN A 0	10.000
Kurt Georg Kiesinger, DIN A 1	21.000
Walther Leisler Kiep, DIN A 0	10.000
Walther Leisler Kiep, DIN A 1	20.000
Rainer Barzel, DIN A 0	18.000
Rainer Barzel, DIN A 1	20.000
Hans Filbinger, DIN A 0	10.000
Hans Filbinger, DIN A 1	20.000
Kai-Uwe von Hassel, DIN A 0	10.000
Kai-Uwe von Hassel, DIN A 1	20.000
Manfred Wörner, DIN A 0	10.000
Manfred Wörner, DIN A 1	20.000
Franz Josef Strauß, DIN A 0	13.000

	<u>Auflage</u>
Franz Josef Strauß, DIN A 1	29.000
Heinrich Köppler, DIN A 0	10.000
Heinrich Köppler, DIN A 1	20.000
Heiner Geißler, DIN A 0	10.000
Heiner Geißler, DIN A 1	4.000
Hanna-Renate Laurien, DIN A 0	5.000
Hanna-Renate Laurien, DIN A 1	5.000
F. <u>Poster und Plakate</u>	
Poster "Zwinger" DIN A 1	20.000
Poster "Rügen" DIN A 1	20.000
Poster "Potsdam" DIN A 1	20.000
Poster "Roter Filz hat ausgelatscht"	30.000
Plakat "17. Juni 1953"	17.000
G. <u>Prospekte und Illustrierte</u>	
Illustrierte "Unsere Verantwortung für Deutschland"	500.000
Faltblatt "Frauen für Europa"	500.000
Illustrierte "CDU - die große deutsche Volkspartei"	400.000
Fußball-WM-Kalender	1.865.000
Faltblatt "Tips für den Urlaub"	700.000
Aktionszeitung "Extra aktuell"	1.300.000
H. <u>Flugblätter</u>	
Das Rentenprogramm '77	500.000
1.000.000 Arbeitslose	500.000
Die Krisen der Regierung Schmidt	500.000
Gegen Terrorismus hilft kein Reden	400.000
Dauerkrise in Bonn	400.000
Damit endlich der Aufschwung kommt	400.000

<u>I. Argumentationskarten</u>	<u>Auflage</u>
Familienpolitik	50.000
Neue Soziale Frage	50.000
Europapolitik	50.000
Bundesrat	50.000
Verteidigungspolitik	50.000
Partnerrente	50.000
Arbeitslosigkeit	50.000
Energiepolitik	50.000
Soziale Marktwirtschaft	50.000
Jugendarbeitslosigkeit	50.000
Agrarpolitik	50.000
Politik für die Frau	50.000

J. Kleinwerbemittel

Das folgende Kleinwerbemittelangebot wurde im Berichtszeitraum ständig in ausreichender Menge zur Verfügung gehalten.

Papierfähnchen

Luftballons

Kugelschreiber

Aufkleber als Postkarte "Erkennungszeichen"

Aufkleber "CDU - sicher, sozial und frei"

Aufkleber "Genossen"

Ansteckbutton "CDU-Zeichen"

Kunststoff-Tragetaschen

T-shirts (in drei verschiedenen Größen)

Skatspiel

Schlüsselanhänger

Gummiball

Aufkleber "Frauen für Europa - CDU"

Notizblock mit CDU-Aufdruck

Parkscheibe mit CDU-Aufdruck

CDU-Tuch

Eiskratzer mit CDU-Aufdruck

CDU-Jacken in drei Größen

Autoaufkleber "Menschenrechte"

Abteilung Medienpolitik

Die Tätigkeit der Abteilung Medienpolitik war im Berichtszeitraum geprägt durch konzeptionelle Vorarbeiten für den Bereich der neuen Informationstechnologien.

1. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

Der Koordinierungsausschuß hat die Aufgabe, die medienpolitischen Aktivitäten von CDU und CSU zu koordinieren, Konzeptionen zu den einzelnen Sachgebieten im Medienbereich zu erarbeiten, Trends festzustellen und eine einheitliche Sprachregelung innerhalb der CDU/CSU zu allen aktuellen kommunikationspolitischen Fragen zu erreichen.

Neben der Grundlagenarbeit für die Kabelkommunikation und speziell der Pilotprojekte haben im Koordinierungsausschuß zahlreiche Expertenvorschläge sowie Gespräche mit den für diese Fragen zuständigen Fachleuten und Leitern der Staatskanzleien der unionsregierten Länder stattgefunden, um für die Entscheidung über die Pilotprojekte einen Konsens unter den Ministerpräsidenten der CDU mitvorzubereiten. Der rasche technische Fortschritt bei der elektronischen Kommunikation (Kabelkommunikation, Fernsehen, Satellitenrundfunk) und die bisher nicht mögliche Nutzung neuer Kommunikationssysteme durch private Veranstalter hatte zu Folge, daß der Ausschuß in der Beschäftigung mit dieser Materie den Schwerpunkt seiner Arbeit sah.

Der Koordinierungsausschuß ist in den vergangenen 18 Monaten mit seinen Vorstellungen, teilweise in Papieren präziert, in Pressekonferenzen vor die Öffentlichkeit gegangen. So hat der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB, u.a. die Stellungnahme zur "Pressekonzentration", die "medienpolitischen Forderungen der Union für die Pilotprojekte" und die "Vorschläge zur Verstärkung der Medienarbeit auf Landesebene" vor der Presse erläutert.

Mit gleicher Intensität hat der Koordinierungsausschuß Probleme der "Nachwuchsförderung", der "Gebührenpolitik" des "kritischen Fernsehens" und der "Filmpolitik" diskutiert und seine Beurteilung der gegebenen Fakten von eigens hierfür eingesetzten Arbeitsgruppen erarbeiten lassen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Verstärkung der Medienarbeit der Partei auf Landesebene. Hierzu hat der Koordinierungsausschuß Vorschläge entwickelt, die vom Bundesvorstand am 5. Juni 1978 und vom Bundesausschuß der CDU am 12. Juni 1978 gebilligt wurden.

2. Hörfunk und Fernsehen

Um das häufig von gegenseitigen Vorurteilen bestimmte Verhältnis zwischen der Partei und den Journalisten und anderen Rundfunkmitarbeitern zu entkrampfen und nachhaltig zu verbessern, gehört die Kontaktpflege zu Rundfunkleuten zu den wichtigsten Aufgaben der Abteilung Medienpolitik. Eine positive Entwicklung ist hier unverkennbar, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Feld mit Ausdauer weiter bestellt werden muß.

Ein ebenso dringendes Anliegen ist eine einwandfreie Koordination und Kooperation bei wichtigen rundfunkpolitischen Anlässen und Entscheidungen mit den CDU/CSU-Gremienmitgliedern der Rundfunkanstalten. Die Informationsstränge und die Zusammenarbeit zwischen den Gremienmitgliedern dieser Partei und der Bundespartei konnten - nicht zuletzt dank der Installierung eines Gremiensprechers der jeweiligen Rundfunkanstalt - zweifellos verbessert werden, bedürfen aber weiterhin des kontinuierlichen Ausbaus. Zu den Aufgaben der Abteilung Medienpolitik gehört ferner die Beobachtung von programmlichen und personellen Veränderungen in den Rundfunkanstalten, um die Parteiführung auf einem möglichst aktuellen Informationsstand zu halten.

3. Presse

Der Arbeitskreis "Presse" hat im Berichtszeitraum nach gründlichen Beratungen eine Aussage zur Pressekonzentration vorgelegt. Im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Kommunikationstechniken beschäftigte sich der Arbeitskreis eingehend mit der organisationsrechtlichen Zuordnung der elektronischen Zeitung.

Redaktionsbesuche und Einzelgespräche führten zu einer regen Kommunikation und einer Verbesserung der sachlichen und menschlichen Beziehungen zwischen der Union und den Print- wie den elektronischen Medien.

4. Programmbeobachtung

Die Programmbeobachtung politischer Fernsehsendungen wurde fortgesetzt und in knappen Analysen ausgewertet. Diese Informationen unterrichten die Führung über die behandelten Sachfragen und Trends und entsprechen damit einem Grundbedürfnis nach möglichst umfassender Unterrichtung über das Angebot auf

diesem Sektor des allgemeinen Medienmarktes.

Die Union ist der Überzeugung, daß die Konsumenten und Gebührenzahler von Hörfunk- und Fernsehsendungen zu wenig Mitspracherechte haben. Dies hat die Abteilung Medienpolitik bewogen, ein Regiebuch (Nr. 11) "Kritisches Fernsehen" zu erarbeiten, das Anregungen für eine kritische Programmbeobachtung bietet und das bereits auf eine erfreuliche Resonanz an der Parteibasis gestoßen ist.

5. Konzeptionen

Im Berichtszeitraum hat die Abteilung Medienpolitik in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Arbeitsgruppen des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU u.a. folgende Papiere erarbeitet:

- Tips zum "Kritischen Fernsehen", Bonn 1977, mit dem Ziel der kritischen Beobachtung und Analyse des Fernsehprogramms.
- "Gebührenerhöhung und Film - Zusammenhänge und Perspektiven", Papier zur Filmförderung, verabschiedet im September 1977.
- "Pressekonzentration", Papier des Arbeitskreises Presse des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU vom August 1977, der Öffentlichkeit vorgestellt auf einer Pressekonferenz im November 1977.
- "Medienpolitische Forderungen der Union für die Pilotprojekte - Kabelfernsehen -" vom Januar 1978, verabschiedet vom Koordinierungsausschuß ebenfalls im Januar 1978, der Öffentlichkeit vorgestellt auf einer Pressekonferenz im Februar 1978.
- "Ausbildung und Weiterbildung von Journalisten", Papier des Arbeitskreises Nachwuchsförderung des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Juni 1978.
- "Vorschläge zur Verstärkung der Medienarbeit auf Landesebene", Juni 1978
- Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Radio-Bremen-Gesetzes durch die SPD, Juli 1978

6. Medienbeobachtung

Stete Entwicklungen, neue Tendenzen und turnusmäßige Veranstaltungen von Parteien, Verbänden und sonstigen Institutionen der Medienbranche machen eine ständige Auswertung von Ergebnissen und Überprüfung bisweilen neuer Positionen notwendig. Die heutige Medienwirklichkeit basiert auf einem stark verästeltem Informationssystem. So werden von der Abteilung Medienpolitik als unerläßliche Voraussetzung für diese Grundlagenarbeit publizistische Fachtagungen und Kongresse aufmerksam beobachtet und in der Beurteilung des medienpolitischen Gesamtbildes miteinbezogen. Ein besonderes Augenmerk lag auf seit langen angekündigten legislatorischen Vorhaben (Bundespresserechtsrahmengesetz, Tendenzschutz) der Bundesregierung für das Pressewesen - ein Problem, das aber jetzt offensichtlich entschärft ist.

7. Tagungen und Veranstaltungen

Eine Reihe von Tagungen und Begegnungen hat dem Ziel vertiefender Kontakte und Diskussionen über Kommunikationsfragen gedient. Dazu zählten die in Zusammenarbeit mit der Akademie Eichholz im Herbst 1977 veranstaltete Tagung mit Rundfunkjournalisten, der CDU-Prominententreff von Journalisten und Insidern aus allen Medienbereichen auf der Berliner Funkausstellung (26.8. - 4.9.77), die Klausurtagung mit Sachverständigen von Hörfunk und Fernsehen in Frankfurt/Main am 9. und 10. Dezember 1977 über Fragen der elektronischen Zukunft und die Studientagung für Nachwuchsjournalisten der Unterhaltungsbranche mit Hans Rosenthal Ende August 78 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, bei der es um "Ziele und Methoden der Unterhaltung in Hörfunk und Fernsehen" ging.

Die Abteilung Medienpolitik initiierte ferner eine Tagung zur innerbetrieblichen Information am 27. September 1978 in der Akademie Eichholz. Zum Medientag der CDU/CSU, der am 7. und 8. November 1978 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfindet, sind die Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen.

8. Film

Der ebenfalls in der Abteilung Medienpolitik angesiedelten Filmpolitik kommt ein beträchtlicher Stellenwert zu. So wurden die seit 1976 von CDU und CSU veranstalteten "Filmpolitischen Gespräche" in München am 14. Januar 1978 mit einer weiteren Tagung fortgesetzt.

Dieser Dialog wurde auch am Rande der Berliner Filmfestspiele Ende Februar 1978 bei Gesprächen zwischen den für Filmfragen zuständigen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und den Mitgliedern des Vorstandes der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft vertieft.

Zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Novellierung des Filmförderungsgesetzes hat der Arbeitskreis "Film" der CDU/CSU zahlreiche Änderungsvorschläge entwickelt, die nach Auffassung der Union beim endgültigen Gesetz berücksichtigt werden sollten.

Sprecher der Partei

verantwortlich: Günther Henrich

Pressestelle

Redaktionen: "Deutsches Monatsblatt"
"Deutschland-Union-Dienst"

Pressestelle

Aufgabe des Sprechers der CDU und seines Stellvertreters ist es, die Politik der Partei gegenüber den Medien zu vertreten. Dies geschah im Berichtszeitraum in Form von Pressekonferenzen, Kontaktgesprächen und schriftlichen Pressemitteilungen. Redaktionsbesuche und zahlreiche Einzelgespräche sorgten für eine rege Kommunikation und für gute sachliche und menschliche Beziehungen zwischen CDU und Presse, Hörfunk und Fernsehen. Mit Erfolg bemühte sich die Pressestelle, Spitzenpolitikern der CDU eine publizistische Plattform zur Darstellung der Partei in der Öffentlichkeit zu verschaffen.

Zu den für die Partei besonders wichtigen Bonner Büros von Presse, Hörfunk und Fernsehen wurden im vergangenen Jahr die Kontakte weiter intensiviert und gefestigt. Dazu trugen Einzel- und Gruppengespräche mit den Bonner Journalisten, aber auch Besuche in den Zentralredaktionen bei.

Zu den speziellen Aufgaben des Sprechers und seines Stellvertreters im Berichtszeitraum gehörten unter anderem:

1. Vorbereitung, Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern,
2. Verbreitung von Reden und Erklärungen führender Unions-Politiker in Form von Pressemitteilungen,
3. Stellungnahmen des Sprechers und seines Stellvertreters zu aktuellen Fragen,

4. Betreuung ausländischer Journalisten, die jeweils direkt oder über den Besucherdienst von "Inter Nationes" Kontakt zur CDU suchten,
5. Organisation und Betreuung journalistischer Begleitgruppen für Wahlkampfreisen des Vorsitzenden und des Generalsekretärs,
6. Durchführung eines 14täglichen Journalisten-Stammtisches mit durchschnittlich 20 bis 30 Teilnehmern pro Abend,
7. an allen Wahlabenden: Informations- und Gesprächsrunden für Journalisten im Konrad-Adenauer-Haus,
8. publizistische Vorbereitung, Betreuung und Nacharbeit zu Kongressen, Fachtagungen und Parteitag der Union,
9. ständige Anwesenheit des Sprechers bei Parteitag der politischen Gegner, um die Haltung der CDU gegenüber den anwesenden Journalisten jeweils aktuell zum Ausdruck bringen und den Vorsitzenden rasch informieren zu können,
10. Erstellung eines umfangreichen Presseverteilers, mit dem die Ressorts der Tageszeitungen, wichtige Fachzeitschriften und Fachjournalisten jeweils rasch mit Informationen versorgt werden können.

1977/78 wurden rund 600 schriftliche, in den Bonner Pressehäusern verteilte und zum Teil weitläufig verschickte Mitteilungen durch die Pressestelle herausgegeben. Außerdem haben der Sprecher und sein Stellvertreter zahlreiche eigene Beiträge für den "Deutschland-Union-Dienst" verfaßt. Die Alltagsarbeit bestand in der Beantwortung einer Vielzahl von telefonischen, fernschriftlichen und brieflichen Anfragen.

Die Pressearbeit geschah in enger Kooperation mit den Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der Sprecher der von der CDU gestellten Landesregierungen.

Redaktion "Deutschland-Union-Dienst"

Der täglich erscheinende Pressedienst stellt die aktuellste politische Publikation der Partei dar. Der "Deutschland-Union-Dienst" hat seine Position als meistzitiertester Parteipressedienst in der Bundeshauptstadt weiter ausbauen können. Er wird vom CDU-Bundesvorstand herausgegeben und erscheint unter der Verantwortung des Sprechers. Der Dienst wurde im Berichtsjahr ständig aktualisiert, der Nachrichtenteil ausgebaut.

Einige Beiträge aus dem täglichen Pressedienst, die über die Tagesaktualität hinausreichen, werden in einem gesonderten Wochendienst "Das Wichtigste der Woche" zusammengefaßt. Dieser Dienst erreicht Redaktionen, freie Journalisten und sonstige Multiplikatoren.

Speziell für deutschlandpolitische Redaktionen und die Presse der Heimatvertriebenen erscheinen im Rahmen des "Deutschland-Union-Dienstes" die "Gesamtdeutschen Nachrichten und Kommentare".

Redaktion "Deutsches Monatsblatt"

Das "Deutsche Monatsblatt" konnte im Berichtszeitraum redaktionell weiterentwickelt werden. Mit einer Auflage von rund 620.000 Exemplaren stellt es die direkte Verbindung zwischen der Bundespartei und allen CDU-Mitgliedern her. Gesonderte Länderbeilagen sorgen für zusätzliche Kontakte zwischen den CDU-Landesverbänden und der Mitgliedschaft. Das "Deutsche Monatsblatt" hat sich nicht nur bei der Verbreitung von Informationen und Argumenten aus dem CDU-Bereich bewährt, sondern ist auch zu einem wichtigen Informationsträger für die Werbemittelangebote der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit geworden.

Das Büro für Auswärtige Beziehungen wurde im vergangenen Jahr neu konzipiert, mit dem Ziel

- die Auslandsarbeit der CDU, der CDU/CSU-Fraktion und der der Partei angeschlossenen Vereinigungen stärker zu koordinieren
- die Auslandsarbeit stärker in die laufende Arbeit der Bundesgeschäftsstelle hinein zu integrieren.

Beiden Zielen dient ein neu geschaffener Koordinationsausschuß Auslandsarbeit unter Leitung des Generalsekretärs, dem Kai-Uwe von Hassel als Beauftragter des Präsidiums für die multilaterale Parteilienzusammenarbeit, Dr. Marx als Vorsitzender des Arbeitskreises V der Fraktion, Dr. Klepsch als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament Dr. Heck als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen angehören. An den Arbeiten des Ausschusses nimmt auch der Bundesschatzmeister teil.

Teil der Koordinationsarbeit war - jeweils auf Anfrage - die verstärkte inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Auslandsreisen von Mitgliedern des Präsidiums und der Fraktion (Informationsaufzeichnungen, Gesprächsvorschläge, Kontaktvermittlung, Nacharbeit).

Die transnationale Zusammenarbeit wird heute immer mehr - besonders aber im Vorfeld der Europawahlen - zu einem bedeutsamen Arbeitsinstrument der Parteien. Sie wird heute auch in der Politikwissenschaft als eine eigenständige Dimension der Außenpolitik unterhalb des diplomatischen Verkehrs der Regierung anerkannt. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat diesem Bedeutungssprung der transnationalen Parteilienzusammenarbeit gerade im vergangenen Jahr durch einen erheblichen Ausbau ihrer Auslandsarbeit Rechnung getragen. Dabei hat sie auch den Kreis der Partner ausgeweitet. Erstmals sind z.B. mit der Union de Centro

Democrático Spaniens und der Progressive Conservative Party in Kanada freundschaftliche Arbeitsbeziehungen aufgenommen worden. Informell wurden Beziehungen zur griechischen Regierungspartei NEA DEMOKRATIA angebahnt. Die CDU verfügte damit, solange das Centro Democrático Social der Regierungskoalition in Portugal angehörte, über Erkenntnis- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den Regierungsparteien der drei EG-Beitrittsländer. Mit anderen wichtigen Parteien wurde die Zusammenarbeit merklich vertieft. Zu nennen sind besonders die institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Democrazia Christiana Italiens (1. Sitzung einer gemeinsamen Kommission im Juli 1977), mit der venezolanischen COPEI (1. Sitzung einer gemeinsamen Kommission unter Beteiligung der CDU im Oktober 1977) und die intensivierete Zusammenarbeit mit den britischen Konservativen (Besuch von Generalsekretär Dr. Geißler im November 1977, Aufnahme regelmäßiger Arbeitssitzung zwischen den politischen Abteilungen der beiden Parteigeschäftsstellen).

Auf multilateraler Ebene ist ein stärkeres Engagement bei der Weltunion Christlicher Demokraten, besonders in deren Arbeitsbereich Menschenrechte und Weltentwicklungspolitik hervorzuheben. Bei den Arbeiten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, der Europäischen Volkspartei und der Gründung der Europäischen Demokratischen Union, oblag dem Büro für Auswärtige Beziehungen die inhaltliche Federführung und die Sicherung der Präsenz der CDU. Das schloß die Vorbereitung und Wahrnehmung der Sitzungen der Politischen Bureaus von EUCD und EVP und die jeweils anschließende Unterrichtung der Parteiführung von den Arbeiten und Beschlüssen der beiden multilateralen Parteiorganisationen ein. In gleicher Weise wurden auch die Unterausschüsse von EUCD und EVP betreut.

Das Büro übernahm auch die organisatorische und inhaltliche Ausrichtung des XX. Kongresses der EUCD in Berlin (Juni 1978) bei dem Kai-Uwe von Hassel als Präsident und der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen als stellvertretender Generalsekretär wiedergewählt wurden.

Die Europäische Demokratische Union, sichtbarer Ausdruck des Willens der CDU, christlich-demokratische, konservative und andere europäische Parteien der

Mitte auf der Basis gleichgelagerter Werte und Ziele graduell zusammenzuführen, ist mit ihrer Gründung im April 1978 zu den schon bisher betreuten Organisationen hinzugetreten. Gemeinsam mit der CSU, und in enger Zusammenarbeit insbesondere mit der österreichischen Volkspartei, den britischen Konservativen und den skandinavischen Parteien, wurden die Vorarbeiten vor allem im Berichtsjahr intensiv betrieben. Im Gegensatz zur EVP ist die EDU als bloße Arbeitsgemeinschaft konzipiert und besitzt gegenüber EVP eine mindere organisatorische Durchformung: die 17 bei der EDU-Gründung, zumeist durch ihre Parteiführer vertretenen Parteien beabsichtigen jedoch, in vier Unterausschüssen intensiv an gemeinsamen Problemlösungen zu arbeiten.

Das zum 1. Juni 1978 eingerichtete Büro für die Europawahl koordiniert die Vorbereitungen der Wahl zum Europäischen Parlament, die am 10. Juni 1979 stattfinden wird. Entsprechend hält das Büro enge Verbindung zu allen Stellen, die in irgendeiner Weise mit der inhaltlichen oder organisatorischen Vorbereitung der Wahl zum Europäischen Parlament befaßt sind. Neben der Bundesgeschäftsstelle sind dies vor allem die Europawahlbeauftragten der CDU/CSU-regierten Bundesländer, der CDU-Oppositionsfraktionen, der CDU-Landesverbände sowie der Vereinigungen der CDU/CSU und der Arbeitskreise der Partei sowie die einschlägigen Organisationen, wie der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung und die Europa-Union. Besondere Aufmerksamkeit widmet das Büro den Beziehungen zu den befreundeten Parteien im EG-Bereich und zur Europäischen Volkspartei.

Das Büro unterstützt den Beauftragten des Parteipräsidiums für die Europawahl bei der Wahrnehmung seiner Funktionen im nationalen und internationalen Bereich.

Neben der Bearbeitung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit Wahlkämpfen berieten und unterstützten wir außer der Bundesgeschäftsstelle auch Gebietsverbände und Vereinigungen der Partei vornehmlich bei Satzungsfragen.

1. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bundesregierung wegen Einsatz von Haushaltsmitteln im Wahlkampf

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 2. März 1977 in dem Verfassungsrechtsstreit (Organklage) der CDU gegen die Bundesregierung wegen deren Einmischung in den Bundestagswahlkampf 1976 folgendes Urteil verkündet:

"Die Bundesregierung hat dadurch gegen Artikel 20 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes und den Grundsatz der Chancengleichheit bei Wahlen (Artikel 21 Absatz 1, 38 Absatz 1 des Grundgesetzes) verstoßen, daß sie vor der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 durch Anzeigenserien, Faltblätter und sonstige Publikationen werbend in den Wahlkampf eingegriffen und keine Vorkehrungen dagegen getroffen hat, daß von ihr für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit unter Einsatz von Haushaltsmitteln hergestellte Druckwerke in großem Umfange von den die Regierung tragenden Parteien als zusätzliches Wahlkampfmaterial bezogen und verwendet worden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat der Antragstellerin die notwendigen Auslagen zu erstatten."

Im Zusammenhang mit der eingeleiteten Kostenerstattung hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts am 18.4.1978 auf Antrag der CDU den Gegenstandswert für deren Prozeßbevollmächtigten festgesetzt.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat zusammen mit dem Bundesverfassungsgericht - sowie in Abstimmung mit der CDU - im

C.F. Müller Verlag, Karlsruhe, eine vollständige Dokumentation des Verfahrens und seiner Materialien herausgegeben. Alle Betroffenen sowie die interessierte Öffentlichkeit haben damit die Möglichkeit, sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2.3.1977 zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern zu unterrichten.

2. Erfolgreiche Erledigung von Rechtsstreitigkeiten

Von einer Ausnahme abgesehen, sind inzwischen alle im Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle für den 25. Bundesparteitag Düsseldorf auf Seite 72 erwähnten Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf 1976 sowie mit der Dokumentation "Der Mißbrauch gewerkschaftlicher und politischer Macht durch SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre" abgeschlossen. Die damals noch offen gewesenen Verfahren konnten in der Regel für die CDU erfolgreich zu Ende geführt werden.

3. Europawahl

Angesichts der bevorstehenden ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament in 1979 und der Beratung und Verabschiedung des Europawahlgesetzes und der Europawahlordnung berieten wir die CDU-Landesverbände bezüglich der satzungsrechtlichen Gestaltung der Kandidatenaufstellung bei der vom CDU-Bundesvorstand beschlossenen Einreichung von verbundenen Landeslisten der CDU.

4. Anpassungen von Satzungen der Landesverbände

Mehrere Landesverbände haben - unter Beratung durch den Justitiar - in Befolgung eines Beschlusses des 23. Bundesparteitages vom 23.6.1975 ihre Satzungen und sonstigen Rechtsvorschriften an das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung sowie die Parteigerichtsordnung der CDU angepaßt. Außerdem haben - unter Beratung durch den Justitiar - die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)

sowie die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU umfassende und inzwischen vom Bundesausschuß der CDU genehmigte Satzungsänderungen beschlossen. Die CDU-Bundespartei hat ferner die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) sowie die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU erfolgreich bei der Führung von Musterprozessen unterstützt. Schließlich wurden an zahlreiche Kreisverbände schriftliche oder mündliche Rechtsauskünfte erteilt; soweit es dabei um noch anhängige Rechtsstreitigkeiten aus dem Bundestagswahlkampf 1976 ging, konnten auch diese Verfahren erfolgreich für die CDU abgeschlossen werden.

5. Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen (jeweils mit mündlichen Verhandlungen) durchgeführt. Es ergingen vier Beschlüsse aufgrund mündlicher Verhandlung, drei Verfahren wurden durch Beschluß ohne mündliche Verhandlung abgeschlossen, ein Verfahren konnte durch einen in mündlicher Verhandlung geschlossenen Vergleich beendet werden, ein weiteres Verfahren hat inzwischen anderweitig seine Erledigung gefunden. Derzeit sind zehn Verfahren anhängig.

Aufgabe der Planungsgruppe ist es, durch Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung auf künftige Probleme möglichst früh aufmerksam zu machen - in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft. In Aufgabenstellung und Arbeitsweise ist die Planungsgruppe Ausdruck für die Anstrengungen der Bundesgeschäftsstelle, zur Schalt- und Informationsstelle zur Vorbereitung der langfristigen Willensbildung der Partei zu werden.

Im Berichtszeitraum hat sich die Planungsgruppe insbesondere folgenden Themenbereichen zugewandt:

- Bürokratisierung und Entbürokratisierung
- Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus
- Neue Soziale Frage und Verbändeproblematik
- Ordnungspolitische Weiterentwicklung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft
- Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland : ihre Ursachen und Folgen
- Strukturwandel entwickelter Industriegesellschaften und die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Daneben besteht die Aufgabe der Planungsgruppe in der wissenschaftlichen Begleitung zentraler Projekte der Hauptabteilung Politik, so wie sie auch die eigenen Projekte in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Politik durchführt.

Die Ergebnisse der Arbeit der Planungsgruppe gehen ein in allgemeine Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle. Darüber hinaus haben sich die Mitarbeiter der Planungsgruppe mit Erfolg bemüht, durch Veröffentlichungen über renommierte Verlage in die gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Diskussion einzugreifen, so z.B. durch folgende Publikationen:

Warnfried Dettling (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Beiträge zur Theorie und Politik der Verbände, Olzog Studienbuch, München-Wien 1976

Warnfried Dettling (Hrsg.): Schrumpfende Bevölkerung - wachsende Probleme?
Ursachen, Folgen, Strategien. Olzog Studienbuch, München 1978

Warnfried Dettling unter Mitarbeit von Christian Hoffmann und Helmut Stahl:
Die gelenkte Gesellschaft. Investitionslenkung und ihre Folgen, München-
Wien 1978 (Olzog Taschenbuch, Reihe Geschichte und Staat, Band 183).

Manfred Groser: Die Neue Soziale Frage, in: Beilage zur Wochenzeitung
"Das Parlament", vom 11. März 1978

Manfred Groser: Die Neue Soziale Frage, Bonn 1978 (Verlag Bonn Aktuell)

Mitgliederzuwachs bei den Landesverbänden1. April 1976 bis 31. August 1978

Landesverband	Mitgl.- stand am 31.3.76	Mitgl.- stand am 31.8.78	Mitgliederzuwachs 1.4.76 - 31.8.78
Baden-Württemberg	71.725	80.255	8.530
Berlin	13.593	14.746	1.153
Bremen	3.324	3.485	161
Hamburg	11.178	13.108	1.930
Hessen	56.023	66.748	10.725
Braunschweig	9.192	10.457	1.265
Hannover	61.471	71.177	9.706
Oldenburg	12.373	14.515	2.142
Rheinland	121.813	130.785	8.972
Westfalen	114.990	124.756	9.766
Rheinland-Pfalz	66.820	74.047	7.227
Saar	28.401	30.383	1.982
Schleswig-Holstein	31.604	37.518	5.914
Bund:	602.507	671.980	69.473

=====

Stand: 31.8.1978

Mitgliederstand vom 31. August 1978 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

Bremen	3.485
Braunschweig	10.457
Hamburg	13.108
Oldenburg	14.515
Berlin	14.746
Saar	30.383
Schleswig-Holstein	37.518
Hessen	66.748
Hannover	71.177
Rheinland-Pfalz	74.047
Baden-Württemberg	80.255
Westfalen-Lippe	124.756
Rheinland	130.785

13 Landesverbände mit 671.980 Mitgliedern

Zahl der Kreisverbände am 31.8.1978 254

Durchschnittlicher Mitgliederstand
pro Kreisverband 2.645

Die zehn kleinsten und zehn größten Kreisverbände
Stand 31.8.1978

Kreisverband Emden	(1012)	350 Mitglieder
Kreisverband Flensburg	(1704)	476 Mitglieder
Kreisverband Hamburg-Bergedorf	(0702)	499 Mitglieder
Kreisverband Speyer	(1440)	544 Mitglieder
Kreisverband Delmenhorst	(1103)	553 Mitglieder
Kreisverband Frankenthal	(1411)	571 Mitglieder
Kreisverband Bremen-Nord	(0604)	582 Mitglieder
Kreisverband Bremerhaven	(0603)	596 Mitglieder
Kreisverband Hohenlohekreis	(0309)	599 Mitglieder
Kreisverband Zweibrücken	(1450)	601 Mitglieder

Kreisverband Hochsauerlandkreis	(1303)	10.018 Mitglieder
Kreisverband Köln	(1222)	9.840 Mitglieder
Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis	(1239)	9.823 Mitglieder
Kreisverband Recklinghausen	(1342)	9.424 Mitglieder
Kreisverband Bonn	(1205)	7.422 Mitglieder
Kreisverband Neuss	(1218)	7.374 Mitglieder
Kreisverband Borken	(1309)	7.316 Mitglieder
Kreisverband Steinfurt	(1346)	7.121 Mitglieder
Kreisverband Essen	(1214)	6.788 Mitglieder
Kreisverband Erftkreis	(1204)	6.742 Mitglieder

D O K U M E N T A T I O N

Die positive Bewertung der Kongresse der CDU in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Allgemeine Beurteilung

Dennoch darf von der Konzeption der Kongresse eine politische Fernwirkung erwartet werden, deren Bedeutung nicht zu überschätzen ist: weil hier zum ersten Male eine konservative Partei durch eine wohlüberlegte Veranstaltungskonstruktion versucht, die Problembeschreibungskompetenz der gesellschaftlichen Produktivkraft Wissenschaft für sich zu gewinnen.

Aus: ... im Würgegriff des Staates, von Dieter Adelman, Vorwärts, 27. April 1978

Die immer wieder die Regierung und die Sozialdemokratie überraschenden Einfälle der Unionsparteien; von der Neuen Sozialen Frage bis zur Veranstaltung spektakulärer Kongresse mit erheblicher publizistischer Breitenwirkung, sind nicht Produkt größerer Phantasie, "Geschick" und "Gespür" einiger Parteiführer der CDU, sondern Produkte einer besseren politischen Planung.

Aus: Politische Planung in der Partei, von Hermann Scheer, Die Neue Gesellschaft, Heft 6, Juni 1978

Hierbei übersieht Scheer jedoch, daß sich Geißler, seit er im März 1977 CDU-Generalsekretär wurde, gerade der Kongreßthemen besonders angenommen hat.

Zwei CDU-Themen sind der SPD ein besonderer Dorn im Auge, die Bürokratie und die geistigen Ursachen des Terrorismus. Zu beiden Bereichen hat die CDU auf Anregung Geißlers "durchaus ernst zu nehmende wissenschaftliche Kongresse" (Scheer) veranstaltet.

Aus: Der Beifall von der linken Seite kam zur rechten Zeit, von Jürgen Merschmeier, Kölnische Rundschau, 11. Juni 1978

Die einzelnen Kongresse

Grundsatzforum der CDU in Berlin (22.9. bis 24.9.1977)

Aufkeimende Ungewißheit über die Grundsatzposition ihrer Partei hatte die Teilnehmer des Berliner CDU-Grundsatzforums noch am Freitag bestimmt. Die Erfahrung, sachlich miteinander sprechen zu können, ohne in Kämpfe wildflatternder Flügel der Partei zu verfallen, ließ Unsicherheit und Skepsis rasch weichen. Die klaren Worte Geißlers haben hierzu entscheidend beigetragen. Der Mut von Berlin, kontrovers zu diskutieren, wird sich jedoch beweisen müssen, wenn es darum geht, kontrovers abzustimmen.

Aus: Mut zur Diskussion, von Jürgen Merschmeier, Kölnische Rundschau, vom 26. September 1977

Die CDU hat diskussionsreiche und anregende Tage hinter sich. Das Grundsatzforum dieser Partei in Berlin zeigte klar, welche Positionen unumstritten sind und welche zu herber Kritik herausgefordert haben. Dennoch sind die Geburtswehen bei der Abfassung eines Grundsatzprogramms längst überwunden. Der Weg und das Ziel sind nun deutlich vorgezeichnet. Die Berliner Tage haben den Entwurf ein gehöriges Stück vorwärts auf den Weg der Vollendung gebracht.

Aus: Ziel vorgezeichnet, von Wulf Ullmann, Kieler Nachrichten, vom 26. September 1977

So trug der - zumindest auf dem Berliner Forum - sehr sachliche Meinungs-
austausch zu einem besseren Verständnis zwischen den Flügeln und Gruppen
innerhalb der CDU bei. Durch die Einbeziehung auch parteifremder Experten
demonstrierten die Christlichen Demokraten eine Offenheit, zu der sich bisher

die anderen Parteien nicht durchringen konnten. Eine Reihe von undeutlichen politischen Begriffen konnte geklärt und Positionen innerhalb der Partei neu fixiert werden.

Aus: Grundsätzliches, von Wolter von Tiesenhausen, Neue Osnabrücker Zeitung, vom 26. September 1977

Hätte es überhaupt noch eines Beweises für die Notwendigkeit einer Grundsatzdiskussion in der CDU bedurft, allein das Forum in der Berliner Kongreßhalle hätte ihn geliefert. Angesichts der Tatsache, daß SPD und FDP ebenfalls in einer Debatte über Grundsätze und Grundwerte angekommen sind, und die bayerische Unionsschwester schon ein fertiges Papier grundsätzlicher Art besitzt, war es in der Tat an der Zeit, daß auch die CDU nach mehrjähriger Vorarbeit in der Weizsäcker-Kommission nun entscheidend Hand an ein solches Vorhaben legte.

Aus: CDU-Diskussion mit Risiken, von Joachim Widera, Saarbrückener Zeitung, vom 26. September 1977

In der Berliner Kongreßhalle ist deutlich geworden, daß sich in der CDU ein beträchtliches Bedürfnis angestaut hat, über Grundsätze zu diskutieren, von denen politische Tagesentscheidungen abzuleiten sind. Der notwendige Pragmatismus sucht Halt in Fundamenten.

Aus: Grundsätze, von Rudolf Bauer, Rheinische Post, vom 24. September 1977

Dieses Berliner Forum aus Parteimitgliedern und unabhängigen Sachverständigen hat die CDU der Bevölkerung weiter geöffnet und ihren Grundsatzentwurf wesentlich vorangebracht. Besonders beeindruckend war das Gefühl, daß - anders als in SPD und FDP - in der CDU auf einer gemeinsamen geistigen Grundlage diskutiert werden kann. Wenn das Grundsatzprogramm der CDU in seiner endgültigen Fassung diesem Geist entspricht, wird der Weg für seinen Erfolg in der Partei wie in der deutschen Politik offenstehen.

Aus: Aufbruch, von Wolfgang Urban, Die Glocke, vom 26. September 1977

CDU-Fachkongreß "Energie und Umwelt" in Hannover (10./11.10.1977)

Die Partei hat fair und auch kontrovers in Hannover diskutieren lassen. Der junge Frankfurter Abgeordnete Riesenhuber hat mit Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung nicht nur Ehrgeiz, sondern auch Erfolg gehabt. Aber das bedingt auch, daß die CDU weiterhin einem Wort Riesenhubers gemäß vorgeht, nämlich mit ehrlicher und korrekter Darstellung der immer noch gegebenen Probleme einer weithin kritischen Bevölkerung zu begegnen.

Aus: Um den Atomstrom, von Robert Schmelzer, Frankfurter Neue Presse, vom 12. Oktober 1978

Die CDU hat in Hannover eine innenpolitische Tretmine für den Kanzler gelegt. Er und die Opposition sind im Prinzip in der Frage der Zukunft der Kernenergie einig, und die Regierungsparteien sehen sich urplötzlich in der Rolle einer Opposition. Der Vorwurf, Schmidt betreibe die Energiepolitik der CDU, wird bestimmt aus den Reihen der linken Sozialdemokratie kommen. Man darf gespannt sein, mit welchen Argumenten der Kanzler spätestens auf dem SPD-Bundesparteitag im November dies entkräften wird. Sofern er das nach dem CDU-Energiekongreß überhaupt noch kann.

Aus: Kanzler der CDU?, von Robert Lutz, Schwäbische Zeitung, vom 12. Oktober 1977

Die Rechtfertigung der Hannoveraner Tagung liegt deshalb mehr in der sichtbar gewordenen Tatsache, daß ganz offensichtlich auch in der CDU selbstkritisch über traditionelle energiepolitische Positionen nachgedacht wird. Die Partei besteht keineswegs ausschließlich aus atomaren Hofjublern, und der Diskussionsprozeß um das Pro und Contra von Leichtwasserreaktoren, Schnellen Brütern und Hochtemperaturreaktoren läuft in ihr ebenfalls kontrovers ab wie in den politischen Konkurrenzparteien, wenngleich vorerst noch

viel verdeckter. Nach der bekannten Methode - Kernenergie oder Wirtschaftschaos - wird sich das Thema Kernenergie auch in der Union nicht mehr lange behandeln lassen. Daß zwischen dem rigorosen Nein und dem bedingungslosen Ja Zwischentöne und Zwischenpositionen möglich sind, wurde in Hannover hörbar.

Aus: Zwischentöne, von Hans Peter Schütz, Stuttgarter Nachrichten, vom 12. Oktober 1977

CDU-Fachkongreß "Zukunftschancen der Jugend" in Hamburg
(21./22.10.1977)

Entsprechend der intensiven Diskussionen in den fünf Arbeitskreisen und den Referaten im Plenum ist das Resultat des Kongresses unter dem Strich sehenswert. Es wurden Grundlagen erarbeitet für ein umfassendes bildungs- und jugendpolitisches Programm der CDU.

Aus: Junge Union veranstaltete Kongreß über Zukunftschancen der Jugend, von Volker Benke, Welt der Arbeit, vom 28. Oktober 1977

Vertrauen in die Zukunft ist das beste Kapital, das eine Gesellschaft zur Lösung der zukünftigen Aufgaben, und seien sie noch so kompliziert, einsetzen kann. Neue Zukunftsaspekte aufzuzeigen, das war auch die wichtigste Aufgabe des CDU-Kongresses "Zukunftschancen der Jugend" in Hamburg. Der Kongreß hat kein Patentrezept angeboten; hiermit wäre er sicherlich überfordert gewesen. Das meiste, was gesagt wurde, war nicht neu. Doch ist der Versuch positiv zu bewerten, die gesellschaftspolitische Diskussion um die Zukunftschancen aus ihrer Schräglage vom Kopf auf die Füße zu stellen. Der Ansatz des Kongresses, der sich von einer einengenden bildungspolitischen Diskussion löste und den breiten Problemkreis einer zukunftsgefährdenden Entwicklung in die Gespräche aufnahm, war wichtig - und notwendig. Und die Diskussionen über Forschung und Zukunftsinvestitionen sowie über den Generationenkonflikt zählten zu den Höhepunkten der Veranstaltung.

Aus: Schule braucht Familie, Soziale Politik muß ausgleichen,
von Udo Kollenberg, Rheinischer Merkur, vom 04.11.1977

Die CDU will die Zukunftschancen der Jugend zu einem zentralen Thema ihrer politischen Arbeit machen. Mit ihrem zweitägigen Fachkongreß, der am Wochenende in Hamburg zu Ende ging, hat sie dafür ein deutliches Signal gesetzt. Beschlüsse waren von diesem Treffen der 500 Sachverständigen und Betroffenen nicht zu erwarten. Die Delegierten debattierten die Zukunftschancen der jungen Generation in ihrer gesamten Breite:

Von den aktuellsten Zahlen freier Lehrstellen in einzelnen Handwerkszweigen bis hin zu so grundsätzlichen Problemen wie der Entwertung der Familie und den Gefahren für den "Generationenvertrag".

Die Union verfiel dabei nicht in den Fehler, nur die kurzfristigen Probleme anzupacken. Selbstkritisch räumte ihr Generalsekretär Heiner Geißler ein: "Wir haben über lange Jahre eine eindimensionale Politik betrieben und die notwendige zweite Dimension - jene der Zukunft - vernachlässigt."

Die Ergebnisse der Arbeitskreis-Debatten lassen ein klares Konzept erkennen.

Aus: CDU zur Bildungspolitik: Selbstkritik und Offensive, von
Ulrich Lücke, Die Welt, vom 24. Oktober 1977

Wissenschaftliche Fachtagung "Der Weg in die Gewalt" in Bonn
(29./30.11.1977)

Ein Kongreß macht Geschichte. Der Fachkongreß der CDU mit seinen 13 wissenschaftlichen Referaten über die Ursachen des Terrors in der Welt wird seine politischen Folgen zeitigen. Die Redner waren nicht nur Mitglieder der CDU, und es ging ihnen um alles andere als um die Selbstdarstellung einer politischen Partei. Die Partei stellte das Forum und steckte den Rahmen ab. Ein politisch Ahnungsloser wäre nicht auf den Gedanken gekommen, hier bei der CDU zu Gast zu sein.

Aus: Den Terror erforscht, von Rudolf Heizler, Kölnische Rundschau,
vom 3. Dezember 1977

Es ist ein Verdienst der CDU, daß sie in einer wissenschaftlichen Fachtagung den Versuch unternommen hat, den geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus nachzuspüren. Sie hat dieser wichtigen Diskussion eine seriöse, wissenschaftliche Grundlage gegeben ... Als Redner waren keineswegs nur Parteigänger oder "Sympathisanten" der CDU gewonnen worden. Deshalb brauchte die SPD der Veranstaltung ihren Respekt nicht zu verweigern. Leider aber reagiert sie in ersten Stellungnahmen polemisch. Sie scheint sich betroffen zu fühlen, weil im Urteil der Wissenschaftler der Marxismus nicht ganz und gar schuldlos am Terrorismus dasteht.

Aus: Die Ursachen, von Rudolf Bauer, Rheinische Post, vom 1. Dezember 1977

Probate Gegenmittel dürften während dieses Kongresses gewiß nicht gefunden werden, doch das Bemühen, dem Phänomen Terrorismus wissenschaftlich auf den Grund zu gehen, ist ein erster hoffnungsvoller Anfang.

Aus: N/WDR, von R. Baumann, vom 29. November 1977

Da müssen erst einmal die wissenschaftlichen Referate genauestens verarbeitet werden, deren Analysen im übrigen nicht darauf angelegt sind, die Bekämpfung des Terrorismus zu verbessern, sondern dem Terrorismus langfristig vorzubeugen. Und dafür dient sicherlich diese Veranstaltung der CDU.

Aus: ZDF, von U. Philipp, vom 27. November 1977

Hut ab vor der nüchternen Sachlichkeit, mit der die CDU ihren Kongreß über die Ursachen des Terrorismus begonnen hat und wohl auch zu Ende bringen wird.

Aus: Rückkehr zur Sachlichkeit, von Hilde Purwin, Neue Rhein-Zeitung, vom 30. November 1977

Die CDU hat mit Ihrer Tagung auch den anderen Parteien, keineswegs zuletzt aber auch sich selbst (und der bayerischen Schwester) ein Beispiel gegeben, das verpflichten sollte.

Aus: Ein Beispiel, von Wolfgang Clement, Westfälische Rundschau, vom 30. November 1977

Der CDU-Vorsitzende Kohl und sein Generalsekretär Geißler haben mit dieser Tagung bewiesen, daß die geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus für sie nicht nur eine Forderung aus Sonntagsreden ist. Es ist zu hoffen, daß die ruhige Vernunft, die diesen Kongreß bestimmt, auch die Beratungen zwischen den Parteien kennzeichnen und daß sie auch den nächsten Terrorschock überdauern wird.

Aus: Die Pause nützen, von Siegfried Maruhn, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, vom 30. November 1977

Man muß es begrüßen, daß die Christdemokraten das Thema der Gründe des Terrorismus aufgegriffen haben und daß sie dabei vermieden haben, die Fachtagung zum Tribunal zu machen. Mit Polizeimitteln allein, das sagte der "Polizist" unter den Diskussionsteilnehmern, Gerhard Böden vom Bundeskriminalamt, wird man über den Terrorismus nicht siegen, sondern nur durch die geistige Auseinandersetzung. Sicher wird man keinen einzigen der Terroristen und ihrer unmittelbaren Helfershelfer umstimmen. Doch nur durch diese Auseinandersetzung kann es gelingen, die Werte des liberalen Rechtsstaates den Nachwachsenden einsichtig zu machen und ihnen jenen weiten und positiven Weg zu zeigen, den die deutsche Demokratie in den letzten drei Jahrzehnten gegangen ist und dessen Erfolge niemand aufs Spiel setzen sollte.

Aus: Auf der Suche nach den Gründen, von Thomas Löffelholz, Stuttgarter Zeitung, vom 01. Dezember 1977

Bedeutung hat diese Tagung aus mehreren Gründen. Einer der wohl wichtigsten: Ihre Absicht war, die Terroristen zu verstehen - freilich nicht, sie zu entschuldigen oder ihr Tun zu relativieren. Das barg die Chance, die Barriere

der Verständnislosigkeit zu durchbrechen, die bisher die meisten öffentlichen Äußerungen zum Terrorismus prägte. Dieser Versuch gelang. Wer die Tagung verfolgte, weiß mehr über Motivationen, Ursachen und geistige Hintergründe des Terrorismus in der Bundesrepublik, als er bisher im Bundestag je zu hören bekam. So gab die Tagung Einblicke in die geistige Auseinandersetzung, die zur Re-Ideologisierung des politischen Denkens an den Hochschulen führte, eine der Voraussetzungen für das Entstehen des Terrorismus.

Aus: Durch die Barriere des Unverständnisses, von Karl Feldmeyer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 02. Dezember 1977

Mit ihrer Tagung hat die Union dennoch, durchaus verdienstvoll, eine sachliche Diskussion über die Terror-Ursachen eröffnet.

Aus: Zu einem Tribunal wurde die Tagung nicht, von Karl Heinz Krumm, Frankfurter Rundschau, vom 02. Dezember 1977

Diese erstaunliche Tagung über "geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen" hat Chancen sichtbar gemacht. Schon daß man die Anmaßung vermieden hat, "die" geistige Ursache schlechthin zu entdecken, also einen Alleinerklärungsanspruch zu behaupten, ist ein gutes Zeichen neuer Offenheit.

Aus: Die verschlungenen Wege in die Gewalt, von Leopold Glaser, Badische Zeitung, vom 03. Dezember 1977

Wissenschaftliche Fachtagung der CDU zum Thema "Bürokratisierung"
in Bonn (19. und 20. April 1978)

Der CDU gebührt Anerkennung dafür, daß sie als erste Partei diese im Ganzen verhängnisvolle Entwicklung zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Fachtagung gemacht hat. Die Bürokratisierung hat ein so hohes Ausmaß erreicht, daß es angebracht ist, ihre Ursachen und Folgen auch einmal durch unabhängige Wissenschaftler untersuchen zu lassen. Konkrete Ergebnisse wird diese inter-

essante Fachtagung zwar nicht bringen können. Sie wäre aber schon ein Erfolg, wenn das Thema Begrenzung der Bürokratisierung den Politikern durch sie stärker bewußt würde.

Aus: Gefährliche Bürokratisierung, von Werner Neumann, Darmstädter Echo, von 20. April 1978

In dieser Zeit, in der der Geist angeblich links steht, ist es schon erstaunlich, mit welchem beachtlichem Aufgebot an Geist die CDU auf ihrer wissenschaftlichen Fachtagung über Bürokratisierung und deren Folgen im Bonner Konrad-Adenauer-Haus am Mittwoch und Donnerstag aufwarten konnte.

Aus: Durch weniger Beamte zu einer besseren Bürokratie? von Horst Egon Rehnert, Kölnische Rundschau, vom 21. April 1978

Die CDU hat das Thema Bürokratie als erste Bundespartei zum Gegenstand eines eigenen Kongresses gemacht ... Die Stoßrichtung des Bürokratismus-Kongresses richtet sich nicht gegen die Beamten in den Verwaltungen. Auf der Anklagebank saßen vielmehr die Gesetzgeber, aber auch hier haben die Beamten inzwischen das Sagen.

Aus: "Sumpflüte" Bürokratie, von Gerd Rauhhaus, Nürnberger Nachrichten, vom 20. April 1978

Der Gefahr einer vordergründigen Politisierung des Problems, die darin bestünde, die Bürokratisierung etwa einseitig einer sozialistischen Gleichheitsideologie anzulasten, ist der Kongreß indes nicht erlegen. Indem die CDU "die berechnete Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufgreift", so formulierte es ihr Generalsekretär Heiner Geißler, "kämpft sie nicht nur um Stimmen und Mehrheiten, sondern verhindert auch, daß sich der Unmut der Bevölkerung in neuen und radikalen politischen Gruppierungen Bahn bricht."

Aus: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser, von Dietrich Reiß, Stuttgarter Zeitung, vom 21. April 1978

Der Kongreß der CDU über die Gefahren der Bürokratisierung hat viel Unrat zu Tage gefördert. Manches von dem, was dort an Auswüchsen der Bürokratie vorgetragen wurde, war als Einzelfall schon einmal veröffentlicht und bestaunt oder belächelt worden. Die Summe dessen aber, was in Bonn auf den Tisch gelegt worden ist, wirkt erschreckend und alarmierend.

Aus: Zu viel Staat, von Rudolf Bauer, Rheinische Post, vom 21. April 1978

Rechtspolitischer Kongreß der CDU/CSU in Karlsruhe

(18./19. Mai 1978)

Soll, darf und kann aus allgemeinem und aus eigenem Interesse - die Opposition ganz einfach nein sagen zu dem, was die Regierung, was die sie tragende Mehrheit will? Soll sie versuchen, Einfluß zu nehmen? Diese Frage war nicht zu umgehen bei einem der vier Themen, die CDU und CSU zum Gegenstand ihres zweiten Rechtspolitischen Kongresses in Karlsruhe gemacht hatten. Während zum Beispiel der Rechtsstaatsbegriff abstrakteren Erörterungen zugänglich war, da niemand ihn konkret in Frage stellt, ist über die Neuregelung der Eltern-Kind-Beziehung demnächst zu entscheiden.

Für die Position der Union ist auffällig: Auch in der relativen Freiheit eines "Fachkongresses" hat sie nicht die totale Ablehnung eines aus ihrer Sicht bedenklichen, ja gefährlichen Gesetzgebungsplans verkündet.

Aus: Elterliche Sorge und das Wohl des Kindes, von Friedrich Karl Fromme, Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 23. Mai 1978

Auf dem zweiten Rechtspolitischen Kongreß der CDU/CSU - unter dem Motto "Recht sichert die Freiheit" - standen in der letzten Woche in Karlsruhe die Kontroversen mit der Sozialdemokratie im Vordergrund. Neben der Wiederholung bereits bekannter Positionen wurden auch in Karlsruhe Perspektiven aufgezeichnet, die nach vorne wiesen. In Karlsruhe geschah dies - nimmt man die politische Brisanz zum Maßstab - vor allem bei der Diskussion um das elterliche Sorgerecht.

Aus: Parteilichkeit schadet nur, von Friedrich Graf von Westphalen, Rheinischer Merkur, vom 26. Mai 1978

CDU-Fachkongreß "Sicherheitspolitisches Forum" in Kiel
(13.01.-14.01-1978)

Insgesamt ist es verdienstvoll, daß die CDU nun schon zum zweiten Male mit einem großen Kongreß - neben zahlreichen regionalen Tagungen - die Frage unserer Sicherheit unverfälscht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt hat. Zu groß ist die Gefahr, daß fortbestehender Wohlstand und nunmehr schon 32 Jahre währender Friede das Bewußtsein für lauernde Gefahren einschläfert.

Aus: Appell der CDU: Wachsam bleiben, von Martin Seefeld,
Deutsche Tagespost, vom 17. Januar 1978

Der CDU ist etwas gelungen, was vor einiger Zeit noch wenig wahrscheinlich schien: Sie hat auf dem Feld der Verteidigungspolitik die Initiative übernommen, wenn auch natürlich in den Grenzen, die ihrer Oppositionsrolle gesteckt sind. Diese Tatsache wurde beim "Sicherheitspolitischen Forum" der CDU in Kiel dieser Tage vor aller Augen deutlich.

Aus: Initiative der CDU, von Isolde Pietsch, Rheinischer Merkur,
vom 20. Januar 1978

Aus den Diskussionen des Kieler Kongresses und insbesondere aus den Beiträgen internationaler Sicherheitsfachleute ergibt sich die zwingende Folgerung für die Regierungskoalition - wie für die Opposition - an einem Konzept zusammen zu arbeiten, das die Basis für eine einheitliche Stellungnahme der westeuropäischen Bündnispartner zu den amerikanischen Vorstellungen über Abrüstung, Rüstungskontrolle und Entspannung zwischen den Blöcken sein kann. Die Chancen zu einer solchen Gemeinsamkeit sind durch den Kieler Kongreß trotz aller Schärfe nicht zerstört worden.

Aus: Deutschlandfunk, von W. Fechner, vom 14. Januar 1978



ROTER FILZ HAT AUSGELATSCHT

EXTRA *aktuell*

Motor ohne Sprit?
Harte Arbeit muß sich wieder lohnen.
Das lesen Sie auf Seite 2.

**Für sichere Renten.
Gegen Wortbruch und Willkür** Lesen Sie
auf Seite 3.



Die Deutschen haben eine bessere Regierung verdient!

Dauerkrise
in Bonn

Helmut Kohl zur Lage in der Bundesrepublik

SPD-Kanzler Helmut Schmidt will auf die nächsten kommenden Wochen der nächsten Bundestag seine Antworten geben.

Nach noch nicht einmal mehr als einem Jahr seit seiner Amtsübernahme muß Helmut Schmidt in einem ungewöhnlichen Kabinett die Regierungssache Punkte Einzelnen beantworten.

Helmut Kohl meinte die Kabinettumstrukturierung, an die er sich nicht binden will, ist ein Schritt zum Scheitern. Die Verantwortung des Bundes ist im Falle der Kabinettumstrukturierung nicht auch in diesem Jahr nicht unüberwindlich.

Wohl der Wandel auch nicht, zeigt sich ihm ein Schicksal seiner Politik.

Zu den wichtigsten bei der Schaffung wirksamer Antirezessionsmaßnahmen sind zu halbherzig bei den Entscheidungen für die Antirezessionsmaßnahmen, nicht sich seine Regierung von Fehlern zu befreien, in der Öffentlichkeit signalisieren die Kabinettumstrukturierung jedem Tag, was die unter Enttäuschung verhalten - kritische Anzeichen in der Deutschlandpolitik, muß Bonn vom CDU-Schein eine solche Entscheidung nach der anderen bekräftigen. In der Europapolitik wurde die Regierung den Stand durch keine einzige brauchbare Initiative überfordert.

CDU-Chef Konrad Adenauer hat den Namen: Die Bundesregierung ist verantwortlich. Die Bundesregierung muß dann ein alternatives Konzept.

Nur eine neue Mehrheit mit Adenauer kann politischen Kurs nach unten und eine bessere Zukunft bringen.

Worauf es ankommt:

- Wiederherstellung der Volksgläubigkeit.
- Sicherung der Renten.
- Bessere Zukunftsaussichten für die Jugend.
- Widerstand gegen den Bürger vor Verbrechen.

Zu all diesen Punkten hat die CDU ein klares und überzeugendes Programm vorgelegt. Nur der Bürger trägt die Verantwortung für die Regierungsvoraussetzung garantiert seine Verantwortlichkeit.

Das ist das letzte Aufgebot der SPD

Neue Minister der SPD sind gekommen, die alten Probleme bleiben.

Neue Namen sind angekündigt, doch die heutige Ministerkammer der alten, verbrauchten Parteien von den Kabinettminister bleibt:

- Erstmalige und Abkehr vom Verhandlungsweg.
- die größte Schwäche, die die Bundesregierung hat.
- die meisten Kulturminister für die junge Generation.
- die konventionelle Erwartungshaltung.

regulär abnehmende Zahlen im wachsenden Wirtschaftswachstum.

Die Bundesregierung ist nicht mehr gefragt. Der neue Verhandlungsweg ist bekanntlich nicht in seinem Sinne, nicht durch mich, nicht ein Planfänger, nicht in einem anderen, nicht richtig, nicht ich kann ein Verhältnis zu dem haben, was ich Jenseit und Davorwärtig in anderen Sinne zu umschreiben will.

„Die SPD ist parat am Ende“, sagte Helmut Kohl „dieses Ministerkabinett hat nur ein verheerendes Wachstum in der Regierungsbildung.“

Grundgesetzgewalt zu erheben. Im Oktober soll es von Freitag verabschiedet werden.

Das „Leben fürwahr“ will die CDU in Bonn machen. Spätgestrichelte Labre sollen überall einbringen, wo kühnlich die CDU-Bundesminister, um ein neues nicht mehr ausfällt.

Dauerkrise in Bonn

Der Problembereich der Regierung Schmidt im Spiegel der Presse.

„Das stimmt an keiner Ecke mehr“

DEUTSCHLAND

„So kann man nicht regieren“

Nur eine Stimme rettete Schmidt

Bittere Wahrheit, kein Konzept

Damit endlich der Aufschwung kommt

PLATTEN DER REGIERUNG SCHMIDT

Jetzt ist es wieder. Die SPD-FP sind für die kommenden Jahre und Jahre zum 1980. Antrittsjahr ist.

Die SPD-FP sind für die kommenden Jahre und Jahre zum 1980. Antrittsjahr ist.

CDU-Aktion im Frühjahr 1978
»Die Deutschen haben eine bessere Regierung verdient«
Poster
Flugblätter
Aktionszeitung »Extra aktuell«

Tips für den Urlaub Damit Sie mehr von Ihrer DM haben

Übrigens: Die DM hat in diesen Tagen Geburtstag.

Fußball- Weltmeister- schaft

Argentinien

1.6.78-25.6.78

Alles auf einen Blick

Faltblatt zur Aktion
»30 Jahre DM«

Kalender zur
Fußball-Weltmeisterschaft



Egon Klepsch
Vorsitzender der Christlich
Demokratischen Fraktion
im Europäischen Parlament

Delegierte von CDU und CSU
beim EVP-Kongreß

Kai-Uwe von Hassel
Präsident der
Europäischen Union
Christlicher Demokraten
Präsident der
West-Europäischen Union



Helmut Kohl und Helmut
Geißler im Gespräch mit
Leo Tindemans, dem
Präsidenten der
Europäischen Volkspartei



Politisches Programm



der
Europäischen
Volkspartei

CDU
sicher
sozial
und frei

Titelseite der
Programmbroschüre

Erster Kongreß der
Europäischen Volkspartei
6./7. März 1978 in Brüssel



Europa voor vrije mensen



Europa auf dem richtigen Kurs.

Für Europa begann eine neue Epoche: Im Juni 1973 wird in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft das Europäische Parlament von den Bürgern direkt gewählt. Die CDU hat noch unter Konrad Adenauer zusammen mit Christdemokraten anderer Länder den Grund-

stein für ein freies und geeigtes Europa gelegt. Mit christlich-demokratischen Werten und auch für beide anderen Parteien der europäischen Mitte hat sich die CDU in der Europäischen Volkspartei und der Arbeitsgemeinschaft Europäische Demokratische Union

zusammenschlossen. Gemeinsam mit der europäischen Mitte sichert die CDU die teilschrittliche Fortentwicklung Europas - gegen europäische und europäischistische Bestrebungen. Freie Bürger können freies Gemeinwohl - das ist der richtige Kurs für Europa.



Hostessen beim EVP-Kongreß

Europa-Wandzeitung





Helmut Kohl zur Lage der Nation

**Freiheit
Einheit
Menschenrechte**



Rede von Helmut Kohl
anlässlich der Debatte
zur Lage der Nation
im Deutschen Bundestag
am 9. März 1978

Fachkongreß im
Konrad-Adenauer-Haus in
Bonn 19./20. April 1978

Grundsatzforum in der
Berliner Kongreßhalle
22.-24. September 1977



Grundsatzforum
CDU
sicher
sozial
und frei

Die Programme der CDU Dokumentation

- Ahlener Programm (1947)
- Düsseldorfer Leitsätze (1949)
- Hamburger Programm (1953)
- Berliner Programm (1971)
mit Beschlüssen des Hamburger Parteitages (1973)
- Mannheimer Erklärung (1975)

152seitige Broschüre mit
Programmen der CDU



AKTION

Sichere Renten Gegen Wortbruch und Willkür

CDU

sicher sozial und frei

Großkundgebung
in Bonn-Bad Godesberg
am 2. März 1978



Helmut Kohl als Redner
bei der Aktion
»Sichere Renten — Gegen
Wortbruch und Willkür«

Für sichere Renten Gegen Wortbruch und Willkür

Die Wortbrüche des Herrn Schmidt

Die Wortbrüche
Die Regierung der Bundesrepublik sagt wieder oft: Die CDU ist ein Freund der Renten. Bei den Bundestagswahlen 1973 hat sie dies wiederholt. In der Zwischenzeit hat sie aber die Renten für die CDU-Wähler um 20 Prozent gesenkt. Das ist ein Wortbruch. Die CDU hat sich verpflichtet, die Renten für die CDU-Wähler zu erhöhen. Das hat sie nicht getan. Das ist ein Wortbruch.

Zweiter Wortbruch
Die CDU hat versprochen, die Renten für die CDU-Wähler zu erhöhen. Das hat sie nicht getan. Das ist ein Wortbruch. Die CDU hat sich verpflichtet, die Renten für die CDU-Wähler zu erhöhen. Das hat sie nicht getan. Das ist ein Wortbruch.

Der Willkür Tur und Tur geöffnet
Die Brutto-Lohnrente bedeutet Schutz vor Willkür. Die Renten werden nach der Entwicklung zum Arbeitslosenstand bestimmt. Dieser Maßstab ist klar und eindeutig in Markt und Planung berechenbar. Die SPD/FDP gibt diesen klaren Maßstab auf. Sie öffnet den Willkür Tur und Tur. Damit die SPD mit unserem Rentner mehr machen kann, was sie will!

Auf dem Rücken der Schwachen
Sicher es muß gespart werden. Aber es dürfen nicht alle über einen Kamm geschoren werden. Wo ist die SPD denn nicht, daß bei über 2,3 Millionen Rentner vor einer Rente leben müssen, die noch unter dem Sozialhilfeniveau liegt?

Als die CDU regierte, waren die Renten sicher. Die Wirtschaften wurde von der SPD verspielt. Die CDU hat rechtzeitig vor dieser Rentenkrise gewarnt und eine Vorschläge zur Anhebung der Wirtschaftslage zur Sanierung der Rentenversicherung vorgelegt. Die SPD hat alles in den Wind geschlagen. Jetzt müssen die Bürger sich zu Wort melden!

AKTION
Sichere Renten
Gegen Wortbruch und Willkür

CDU

sicher sozial und frei

Wandzeitung

AKTION

Sichere Renten Gegen Wortbruch und Willkür



Straßendiskussion

Werden Sie Mitglied in Deutschland großer Volkspartei

Die Zeit ist reif...

Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft in der CDU

Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 Ort _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Abschnitt an die unten genannte Anschrift. Wir melden uns dann bei Ihnen.

Kommen Sie zur CDU

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Entwicklung der Mitgliederzahlen der CDU
 (Monatlich kommen Tausende neuer Mitglieder dazu. Jedes dritte Neuglied ist eine Frau! Allein von 1970-1976 hat sich die Zahl der CDU-Mitglieder verdoppelt. Dieser Trend hält an.)

39
145
2.968
57.363
130.500
260.482
652.010
1.214.669

Faltblatt zur Mitgliederwerbung

Canvassingstand – mobile Materialzentrale für kleine Straßenaktionen



1 Regiebuch
 mitdenken
 mitarbeiten
 mobilisieren

Mitgliederwerbung

CDU

12 Regiebuch
 mitdenken
 mitarbeiten
 mobilisieren

CDU-Ideenbuch

CDU

Titelseiten von Regiebüchern für die Parteiarbeit

Wochenblatt
Nonstop-Programm
Bundestagsabgeordnete kommen
 Eine Woche lang CDU-Aktivitäten
 Donnerstag, 15. Sept. 1977
 Auflage 10.400

Volkspartei stellt sich vor

Das Thema nicht als tegeopolitische Frage sehen, sondern als Bildungsproblem für ihre Kinder.
 Das große Herbstfest der CDU zum Abschluss der Woche, Samstag, 24. September, an der Wupper in der Aula der Schöle Brede, kennt keine Parteibegrenzung. Hier geht es um das fröhliche Osterbraten und den Austausch aller Rader aus Stadt und Land. Genauso wie beim Skat wo jeder die Spieler nach einem Partibuch fragt.
 An politischer Darstellung der sind kurz anzuhören: Montagsgespräch des CDU-Kreisvorsitzender der Stadt und Sitzung des K...

„Woche der CDU“ – Mixtur aus Erhaltung und Information

Die Kontakte zur Basis sollen enger sein als zum Kreis teilweise überhaupt nicht werden, wenn die Mitglieder...

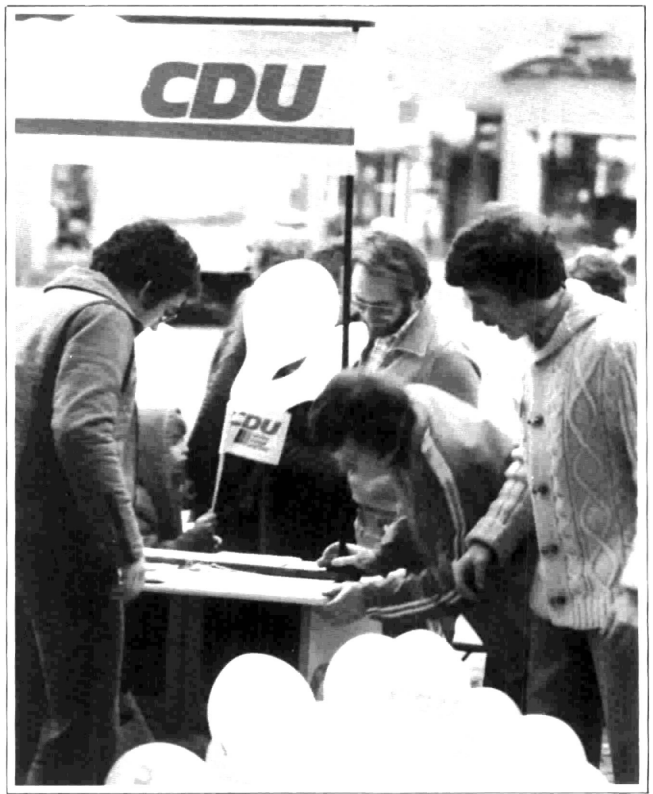
Bürgermeinung soll in Parteiarbeit einfließen

Union veranstaltet „Woche der CDU“

„Woche der CDU“ im Juli in Rannef wird Rainer Barzel erwartet

Die Mitgliederzahl stieg auf 600 — Hans-Peter Lindlar Vorsitzender

Woche der CDU



Die CDU geht auf die Straße





Illustrierte für Leute, die die CDU kennenlernen möchten und Aufkleber für Mitglieder und Freunde der CDU, die sich in der Öffentlichkeit zur Partei bekennen wollen.


CDU-Zeitung
CDU


Kritisches Fernsehen
CDU

Titelseiten von Regiebüchern zur Parteiarbeit

